

Die Volkswirtschaft

Plattform für Wirtschaftspolitik

97. Jahrgang | September 2024 | Fr. 12.–

Schwerpunkt

Freihandel mit Indien – endlich



INTERVIEW

Die Seco-Chefin verrät den Wendepunkt in den Verhandlungen mit Indien

NACHGEFRAGT

Schulische Inklusion: Ja oder nein?

LATEINAMERIKA

Rohstoffe für nachhaltige Technologien sind begehrt

INFOGRAFIK

Studienwahl: Geisteswissenschaften schwächeln



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Am Schluss ging es ganz schnell



Gaëtan Bally, Keystone

Der Abschluss dieses Abkommens ist ein Meilenstein in der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik.

Indien und die Schweiz haben ein Freihandelsabkommen – 16 Jahre nach Verhandlungsbeginn. «Ein Marathon mit Endspurt», schreiben Regula Kienholz und Markus Schlagenhof vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) im Einleitungsartikel dieser Ausgabe.

Der Abschluss dieses Abkommens ist ein Meilenstein in der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik. Wie ist er geglückt? Klar, der handelsfreundlichere Kurs der indischen Regierung war mitentscheidend. Allerdings, und das verrät Seco-Chefin Helene Budliger Artieda im Interview, brachte erst ein handgeschriebenes Zettelchen wieder Bewegung in die Verhandlungen.

Die auf diesem Papier notierte Idee führte zu einer Vereinbarung, die sich in keinem anderen Freihandelsabkommen findet: Die Efta-Staaten – Norwegen, Island, Liechtenstein und die Schweiz – verpflichten sich, innerhalb von 15 Jahren 100 Milliarden Dollar in Indien zu investieren und so eine Million Arbeitsplätze zu schaffen.

Diese Bestimmung habe das lang gesuchte Gleichgewicht zwischen den ungleichen Partnern gebracht, schreibt Pritam Banerjee, Professor am Indian Institute of Foreign Trade in Delhi. Im Gegenzug gewährt Indien den Efta-Staaten enorme Zollreduktionen. Beispielsweise wird der aktuelle

22-prozentige Zoll für Uhren in den nächsten Jahren vollständig abgebaut.

Indien ist ein Land der Gegensätze: Gemäss Banerjee haben kaufkraftbereinigt fast 60 Millionen der insgesamt 1,4 Milliarden Inder und Inderinnen einen Lebensstandard, der mit dem Durchschnitt Italiens vergleichbar ist. Gleichzeitig leben in Indien fast 200 Millionen Menschen mit weniger als 2,15 Dollar pro Tag. Diese Ungleichheit muss bei Handelsliberalisierungen berücksichtigt werden.

Zusätzlich mache die indische Regierung einen geopolitischen Spagat, betont Shrey Kapoor von der Universität Basel. Indien suche die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China, baue jedoch auch strategische Partnerschaften mit den USA, Japan oder Australien aus, um ein Gegengewicht zu Chinas Einfluss zu schaffen.

Wann tritt das Freihandelsabkommen in Kraft? Voraussichtlich im Herbst 2025. Der Schweiz-interne Ratifikationsprozess im Parlament läuft bereits.

Eine inspirierende Lektüre wünschen

Guido Barsuglia und Nicole Tesar
Chefredaktion



Schwerpunkt

Freihandel mit Indien – endlich

6 Ein Marathon mit Endsput

Regula Kienholz, Markus Schlagenhof, Seco

10 «Alle dachten, das Freihandelsabkommen mit Indien sei nicht abzuschliessen»

Interview mit Helene Budliger Artieda, Seco

16 Freihandel aus der Sicht Indiens

Pritam Banerjee, Indian Institute of Foreign Trade

20 Zwischen Ost und West: Indiens geopolitischer Spagat

Shrey Kapoor, Universität Basel

24 Kurzgeschichten zweier ungleicher Freunde: Schweiz und Indien

Jean-Baptiste Délèze, EDA, Fabienne Weber, Seco

28 Alter Wein in neuen Schläuchen

Standpunkt von Isolda Agazzi, Alliance Sud

29 Ein wichtiges Signal an die Welt

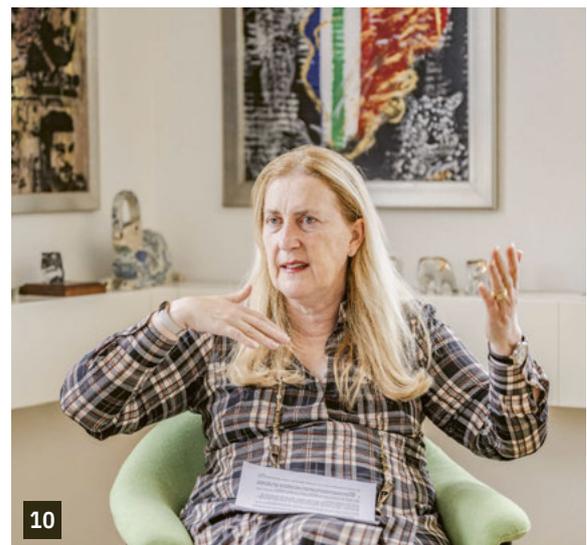
Standpunkt von Stefan Brupbacher, Swissmem

30 Wer früh zu handeln beginnt, der handelt mehr

Reto Föllmi, Universität St. Gallen, David Torun, University of California

35 Handelsabkommen sind ausgefeilte Partnerschaftsverträge

Simon Wüthrich-Bovet, Efta



Themen

Studienwahl, Rohstoffe und guter Journalismus

INFOGRAFIK

- 40 Studienwahl: Geisteswissenschaften schwächeln

NACHGEFRAGT

- 42 Schulische Inklusion: Ja oder nein?

Beatrix Eugster, Universität St. Gallen

WISSENSCHAFT

- 44 160 Jahre SJES: Die Schweizer Wirtschaftswissenschaft im Wandel der Zeit

Marius Brühlhart, Kateryna Dashevskya, Universität Lausanne

LATEINAMERIKA

- 48 «Grüne» Rohstoffe für das Netto-null-Ziel

Martina Bietenhader, Johannes Rühl, Seco

IMMOBILIEN

- 52 Nicht genügend Wohnungen: Tourismusgemeinden ergreifen Massnahmen

Gabriel Weick, ARE

INFRASTRUKTUR

- 55 Léman Express: Begleitmassnahmen in Verzug

Vincent Kaufmann, Alexis Gumy, ETH Lausanne, Frédéric Varone, Maria Masood Dechevrens, Bruno Reix, Genfer Rechnungshof



48

TECHNOLOGIE

- 59 Mit Suchmaschinen- und Daten die Zukunft vorhersagen

Yavuz Karagök, Weko

MEDIENQUALITÄT

- 62 «Guter Journalismus basiert auf solidem Handwerk»

Interview mit Judith Wittwer, Süddeutsche Zeitung

- 66 Meistgelesene Digitalartikel

- 67 Vorschau/Impressum

Ein Marathon mit Endspurt

Die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit Indien dauerten 16 Jahre. Am Schluss ging es dann aber plötzlich ganz schnell.

Regula Kienholz, Markus Schlagenhof, Seco

Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. Dass es der Schweiz gelingen würde, das gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) verhandelte Freihandelsabkommen mit Indien überhaupt abzuschliessen, daran glaubten zuletzt nur noch wenige. Schliesslich zogen sich die Verhandlungen seit ihrer Lancierung 2008 bereits ewig hin.

Schon Ende 2013 stand man einmal kurz vor dem Abschluss. Letztendlich gelang es doch nicht, die noch offenen Punkte vor den indischen Wahlen 2014 zu klären. Auch eine erneute Intensivierung der Gespräche in den Jahren 2016 und 2017 brachte keinen Durchbruch.

Licht am Ende des Tunnels

Doch nach 16 Jahre mit teils längeren Unterbrüchen kam die lang ersehnte Einigung: Das sogenannte Handels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Tepa) mit Indien war nach einer intensiven Schlussphase der Verhandlungen mit vier weiteren Verhandlungsrunden (insgesamt waren es 21), vielen hochrangigen Gesprächen, unzähligen Videokonferenzen, Einsätzen zu später Stunde und am Wochenende und Kontakten auf allen Stufen bis wenige Tage vor Unterzeichnung unter Dach und Fach. Doch weshalb gerade jetzt?

Kurz gesagt: Der handelsfreundlichere Kurs der indischen Regierung war mitentscheidend. Dieser mündete bereits 2022 in den Abschluss eines Abkommens mit den Vereinigten Arabischen Emi-

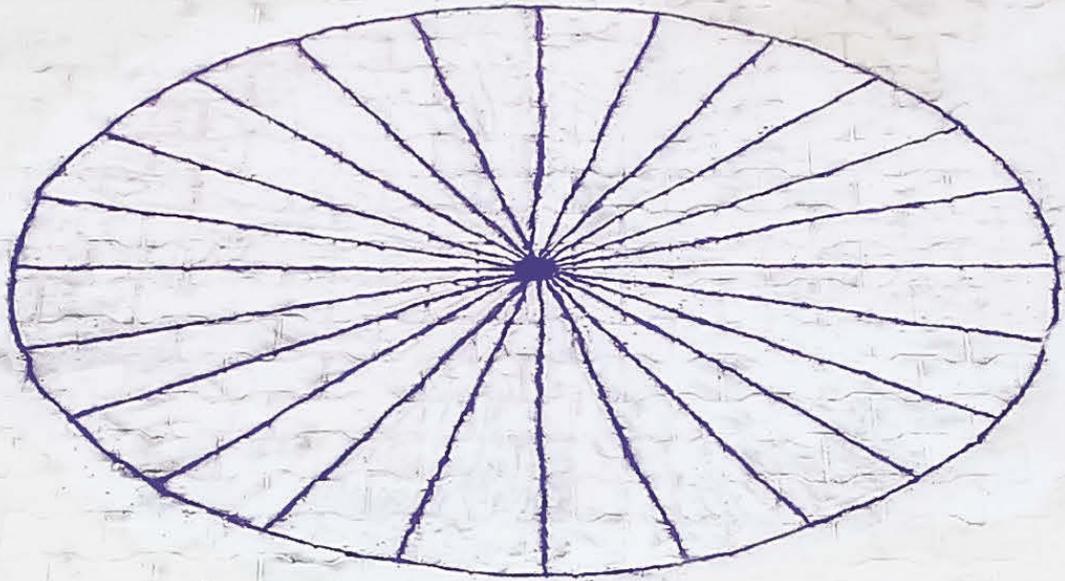
raten und eines ersten Teilabkommens mit Australien. In dieser Zeit hat Indien auch Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich aufgenommen und die Verhandlungen mit der EU reaktiviert. Diese positive Stimmung führte dazu, dass sich schliesslich auch für die Efta eine Möglichkeit eröffnete, die Verhandlungen mit Indien fortzusetzen.

Der entscheidende Schub, der zum erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen führte, erfolgte im Herbst 2022, als Bundesrat Guy Parmelin mit einer hochkarätigen Wirtschafts- und Wissenschaftsdelegation nach Indien reiste. Dabei konnte er mit seinem indischen Amtskollegen Piyush Goyal einen guten persönlichen Kontakt etablieren. Dank unzähligen weiteren Kontakten auf politischer Ebene durch Bundesrat Parmelin und Staatssekretärin Helene Budliger Artieda gelang es, Indien davon zu überzeugen, dass sich eine erneute Intensivierung der Verhandlungen mit der pragmatischen Efta lohnt und ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen in kurzer Frist realistisch ist.

Ein günstiger Moment

All dies war nicht selbstverständlich. Schliesslich konkurrierte die Efta mit dem Vereinigten Königreich, der EU und Kanada um Zeit, Aufmerksamkeit und knappe Ressourcen des indischen Verhandlungsteams. Doch die Efta setzte sich letztlich – und zur Überraschung aller – durch. Als einziges Verhandlungsteam gelang es ihr, noch vor den indischen Wahlen am 10. März das Tepa zu

Die Efta-Staaten wollen in den
kommenden 15 Jahren
100 Milliarden Dollar in Indien investieren.



unterzeichnen. Der Moment war günstig, denn die anstehenden Wahlen im Frühjahr 2024 machten es für die indische Regierung – und den indischen Handelsminister im Besonderen – ausgesprochen wichtig, konkrete Resultate zu zeigen und mindestens eines der angekündigten FHA abzuschliessen.

Doch warum war die Efta erfolgreicher als ihre Mitstreiter? Ein Grund ist der Startvorteil. Denn im Frühling 2023 ist die Efta nicht von null in die technischen Gespräche mit Indien gestartet. In der damals 15-jährigen Verhandlungsgeschichte haben die Parteien bereits diverse Kapitel finalisieren können. Entsprechend waren sich die Efta und Indien rasch einig, dass der Fokus auf den wichtigsten noch offenen Bereichen liegen sollte: dem Warenverkehr inklusive der Ursprungsregeln, den Dienstleistungen und dem geistigen Eigentum. Erneut geöffnet wurde auch das Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung, da der 2013 vereinbarte Text nicht mehr aktuell war. Ebenso neu geöffnet wurde das Kapitel über Handelserleichterungen.

Die insgesamt pragmatische Vorgehensweise lautete: Konzentration auf das Wesentliche und Machbare. Dies hatte zwar zur Folge, dass das Abkommen nicht in jedem Fall dem aktuellen «State of the Art» entspricht, weil beispielsweise auf die Aushandlung eines Kapitels über den elektronischen Handel verzichtet worden ist. Dafür hatte die Efta insbesondere gegenüber der EU, die 2022 in den Verhandlungen mit Indien wieder von null begonnen hatte, einen gewichtigen Vorsprung und konnte sich darauf konzentrieren, in den wichtigsten offenen Bereichen ein möglichst gutes Verhandlungsergebnis zu erreichen.

Waren: Umfassender Marktzugang

Und tatsächlich: Das Verhandlungsergebnis kann sich sehen lassen. 94,7 Prozent des bestehenden Warenhandels¹ aus der Schweiz nach Indien werden bei Inkrafttreten des Abkommens von Zollerleichterungen profitieren – teilweise mit Übergangsfristen.

Ihrerseits gewährt die Schweiz Indien einen vertraglich gesicherten zollfreien Marktzugang für Industrieprodukte.² Die Zugeständnisse der Schweiz an indische Landwirtschaftsimporte orientieren sich an bereits bestehenden Freihandelsabkommen und liegen im Rahmen der Schweizer Agrarpolitik. Der

Grenzschutz für sensible Produkte wie Fleisch, Milchprodukte, Getreide, Ölsaaten, Früchte und Gemüse innerhalb der Anbauperiode, Wein und Zucker wird nicht angetastet.

Das Abkommen bringt auch eine Reihe von Verbesserungen für den Handel mit Dienstleistungen. Beispiele sind die Anhebung des erlaubten Anteils ausländischen Kapitals im Finanz- und Versicherungsektor oder der erlaubte Aufenthalt von bis zu drei Monaten von Schweizer Maschineninstallateuren und Wartungspersonal in Indien. Ausserdem konnten Verbesserungen bei den Rechten für geistiges Eigentum erreicht werden, insbesondere zu Rechtssicherheit, Verfahren bei Patenten und beim Schutz der «Swissness». Dieser Schutz der Bezeichnung «Schweiz» und des Schweizer Kreuzes ist für viele Branchen wichtig, so etwa bei Uhren, Nahrungsmitteln oder Kosmetika. Der Zugang zu Medikamenten in Indien wird durch das Abkommen nicht eingeschränkt.

Ein Erfolg für die Efta ist auch, dass Indien zum ersten Mal ein umfassendes Kapitel mit rechtsverbindlichen Verpflichtungen zu Handel und nachhaltiger Entwicklung in eines seiner Freihandelsabkommen aufgenommen hat.

Investitionen in Indien

Um zu einem erfolgreichen Abschluss zu kommen, musste die indische Seite davon überzeugt werden, dass auch sie vom Abkommen profitieren kann, obwohl für Indien insbesondere im Warenverkehr nur wenig Mehrwert geschaffen werden konnte. So erwartet Indien etwa, dass die Investitionen aus den Efta-Staaten mit dem Abkommen ansteigen werden. Die beiden Parteien haben sich deshalb auf ein Kapitel über Investitionsförderung und Zusammenarbeit geeinigt. Dies war schliesslich der entscheidende Faktor, weshalb die Efta sich im «Wettkampf» um ein FHA mit Indien durchgesetzt hat.

Das gemeinsam formulierte Ziel sieht für die kommenden 15 Jahre zusätzliche Investitionen von 100 Milliarden Dollar aus den Efta-Staaten vor. Das soll helfen, eine Million Arbeitsplätze in Indien zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sich die Efta-Staaten verpflichtet, Investitionen in Indien zu fördern. Indien wird sich seinerseits bemühen, für ein günstiges Investitionsklima zu sorgen, und ver-

1 Gemessen am Warenwert 2018–2023, ohne Gold.

2 Seit Anfang 2024 erhebt die Schweiz keine Einfuhrzölle auf Industriegüter mehr – egal aus welchem Land diese stammen. Allerdings kann die Schweiz diese Zölle wieder anheben, wenn sie das möchte. Für Einfuhren aus Indien ist das nicht möglich. Sie bleiben wie im Abkommen vereinbart aufgehoben.

pflichtet sich zur Schaffung eines «Efta-Desks», um Firmen bei ihren Investitionsvorhaben entsprechend zu unterstützen.

Sollten diese gemeinsamen Ziele nicht erreicht werden und ist Indien der Ansicht, dass die Efta-Staaten ihre Verpflichtungen nicht erfüllt haben, hat Indien die Möglichkeit, die Zugeständnisse im Warenverkehr vorübergehend und verhältnismässig auszusetzen – allerdings frühestens 20 Jahre nach Inkrafttreten des Freihandelsabkommens.

Ein Meilenstein in der Aussenwirtschaftspolitik

Ein solches Kapitel ist ein Novum in einem Freihandelsabkommen und war notwendig, um die Verhandlungen abzuschliessen. Es wurde innerhalb von wenigen Wochen in der alles entscheidenden Schlussphase ausgehandelt. Dabei war ein Höchstmass an Innovationsgeist, Kreativität, Beharrlichkeit, Flexibilität und schliesslich auch Mut gefragt, um sich in dieses unbekannte Fahrwasser zu begeben.

Dennoch kann man zuversichtlich sein, dass das Handelsabkommen den bilateralen Wirt-

schaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Indien den nötigen Schub geben wird, diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen. Schliesslich ist das Tega ein umfassendes FHA, das die Interessen der Schweizer Wirtschaft abdeckt: Es bringt nicht nur verbesserten Marktzugang, sondern auch Rechtssicherheit für unsere wirtschaftlichen Beziehungen mit Indien – namentlich im Bereich des geistigen Eigentums oder bei den Dienstleistungen. Und es verschafft der Schweiz einen zumindest temporären Wettbewerbsvorteil gegenüber der EU, dem Vereinigten Königreich oder den USA.

Für die Schweiz ist der Abschluss dieses Abkommens ein Meilenstein in ihrer Aussenwirtschaftspolitik. Erreicht hat sie diesen Meilenstein, indem sie bereit war für innovative und mutige Lösungen und indem sich unzählige Akteure auf allen technischen und politischen Ebenen engagierten und hinter diese Verhandlungen stellten. Aber letztlich war es auch ein Verdienst aller beteiligten Unterhändlerinnen und Unterhändler, denen es gelang, eine persönliche Beziehung zu ihrem Gegenüber aufzubauen. Verhandeln ist letztlich auch ein «People's Business».



Regula Kienholz

Wissenschaftliche Mitarbeiterin,
Ressort Freihandelsabkommen/
EFTA, Staatssekretariat für Wirt-
schaft (Seco), Bern



Markus Schlagenhof

Botschafter sowie Leiter Welt-
handel, Staatssekretariat für
Wirtschaft (Seco), Bern
(bis August 2024)

«Alle dachten, das Freihandelsabkommen mit Indien sei nicht abzuschliessen»

Geschafft. Das Abkommen mit Indien ist unterzeichnet. Staatssekretärin Helene Budliger Artieda verrät, wie ein handgeschriebenes Zettelchen Bewegung in die Verhandlungen brachte und was sie Stimmen entgegnet, die das Abkommen kritisieren.

Interview: Guido Barsuglia, Die Volkswirtschaft

Frau Budliger Artieda, als Sie zum ersten Mal in Indien aus dem Flugzeug stiegen, an was erinnern Sie sich?

Das ist 20 Jahre her. Ich habe mich in diesem organisierten Chaos sofort wohlgefühlt. Jeder hupt, alles ist bunt. Das gefällt mir. Ich besuchte damals unsere Aussenstellen als Ressourcenchefin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA).

Nachdem Sie Direktorin des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco geworden waren – im August 2022 –, kam wieder Bewegung in die Verhandlungen mit Indien. Zufall?

Kurz bevor ich im Seco anfang, kontaktierte mich der Schweizer Botschafter in Indien. Ich war damals noch Botschafterin in Thailand. Er sagte: Helene, das Seco muss jetzt etwas machen. Ein «Window of Opportunity» tut sich auf. Indien hat soeben mit den Vereinigten Arabischen Emiraten ein Freihandelsabkommen abgeschlossen. Die Regierung von Premierminister Modi bewegt sich.

Daraufhin wurden Sie aktiv.

Ich kenne Botschafter Ralf Heckner in Delhi gut. Sonst hätte er mich vielleicht nicht schon vor meinem Amtsantritt kontaktiert. So brachte ich an meinem ersten Seco-Arbeitstag diese Opportunität für die Schweiz mit. Allerdings: Ich bin vorerst nicht auf

wahnsinnig viel Begeisterung gestossen. Man hatte es einfach schon zu lange versucht.

Wie ging es weiter?

Mein zweites Schlüsselerlebnis hatte ich im September 2022. Ich reiste anstelle von Bundesrat Guy Parmelin ans Handelsministertreffen der G-20-Länder in Indonesien. Dort traf ich den indischen Handelsminister Piyush Goyal zum ersten Mal.

Haben Sie Minister Goyal gesagt: Jetzt geht es los?

Natürlich nicht. Erstens bin ich keine Ministerin, und zweitens war ich «The New Kid on the Block». Aber: Auf einer vom Gastgeberland Indonesien organisierten Bootstour in den Sonnenuntergang bin ich auf ihn zugegangen, habe mich höflich vorgestellt und signalisiert, dass ich mir ein Freihandelsabkommen erhoffe. Das stiess nicht auf viel Gegenliebe. Aber ich spürte, dass Minister Goyal sehr engagiert ist und sehr direkt kommuniziert – wie ich. Auf einer persönlichen, chemischen Ebene könnte das vielleicht klappen – dachte ich mir.

Wann wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen?

Ein paar Monate nach dem G-20-Gipfel sprach ich zwei Stunden informell mit Minister Goyal in Delhi. Zwischendurch haben wir auch ein bisschen



Staatssekretärin Helene Budliger Artieda in ihrem Büro in Bern: «Man überfordert ein Handelsabkommen, wenn man zusätzlich gesellschaftspolitische, kulturelle oder religiöse Aspekte aufnimmt.»

gestritten. Am Schluss wünschte er, die Schweizer Pharmaindustrie zu treffen. Drei Wochen später stand ich wieder vor seinem Büro – mit der Schweizer Pharmaindustrie. Das hat ihn überrascht und überzeugt: Die wollen wirklich.

Aber war es nicht die Schweizer Pharmaindustrie, die dem Abkommen bis zum Schluss skeptisch gegenüberstand?

Das ist das Gute an der Schweiz. Wir kennen unsere offensiven Interessen genau. Die Pharma gehört zu unseren grössten Steuerzahlern und ist unser Exportchampion. Also ist es klar: Wir können nichts unternehmen, was diesen Sektor schwächt. Mir war es wichtig, Vertrauen aufzubauen. Der Privatsektor sollte nicht das Gefühl haben, wir sprächen mit ihm eine andere Sprache als in Delhi. Daher waren wir häufig mit Branchenvertretern in Indien. Sie hörten Indiens Erwartungen im Originalton, konnten sich einbringen und sehen, wie schwierig die Verhandlungen waren.

Etwas mehr als ein Jahr nachdem Sie Minister Goyal kennen gelernt hatten, kam es zum erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen. Was ist das Geheimnis von Helen Budliger Artieda, die hier einen Sprint hingelegt und alle mitgezogen hat?

Es gibt kein Rezept. Ich versuche, mit gutem Vorbild voranzugehen, und engagiere mich. Niemand hat von mir erwartet, dass ich abschliesse. Alle dachten, das Freihandelsabkommen mit Indien sei nicht abzuschliessen. Aber die Verhandlungen waren vor allem eine Teamleistung.

Wie fast alle Freihandelsabkommen verhandelte die Schweiz auch dieses zusammen mit Norwegen, Island und Liechtenstein – den anderen drei Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta). Welche Rolle haben Sie als Staatssekretärin in einem solchen Grossprojekt?

Wir haben sehr gut über die Banden gespielt: Benötigte es ein Wort von oben, dann war Bundes-

rat Guy Parmelin da. Der Chefunterhändler Markus Schlagenhof, sein Team und fast die gesamte Bundesverwaltung haben engagiert mitgemacht. Der norwegische Wirtschaftsminister reiste dreimal nach Indien. Und schliesslich für uns ganz entscheidend: Die Wirtschaftsverbände und einzelne Schweizer Firmen zogen mit. Diese Mobilisierung ist mir relativ gut gelungen.

«Wir haben sehr gut über die Banden gespielt: Benötigte es ein Wort von oben, dann war Bundesrat Guy Parmelin da.»

Indien ist das bevölkerungsreichste Land der Welt. Es hat 155-mal so viele Einwohner wie die Schweiz. Liess Indien Sie diesen Grössenunterschied in den Verhandlungen spüren?

Jedes Mal. Und je mehr Leute im Saal waren, desto länger erklärte mir Minister Goyal, wie wichtig der indische Markt sei und künftig sein werde. Die Wachstumsrate Indiens liege bei 7 Prozent.

Um bei Indiens Perspektive zu bleiben: 2024 hat die Schweiz für alle Länder dieser Welt ihre Einfuhrzölle auf Industrieprodukte aufgehoben. Was bringt Indien das Abkommen?

Es hat lange gedauert, bis wir dieses «What's in it for India?» austariert hatten. Zuerst haben wir klassisch Warenverkehr gegen Warenverkehr und Dienstleistungen gegen Dienstleistungen abgewogen. Hier trafen wir aber nie die indischen Erwartungen – einfach aufgrund der Marktgrössen: 1,4 Milliarden Einwohner versus 15 Millionen in der Efta. Unser dritter Angebotsversuch war eine vertiefte Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Innovation. Indien stieg nicht darauf ein. Am Ende haben wir uns dann auf das Investitionskapitel geeinigt.

In diesem Kapitel verpflichten sich die Efta-Staaten, in 15 Jahren 100 Milliarden US-Dollar in Indien zu investieren und so eine Million

Arbeitsplätze zu schaffen. Eine solche Vereinbarung gab es noch nie in einem Freihandelsabkommen. Wer hatte die Idee?

Die kam von mir. Ich habe mir die ganze Zeit überlegt, was ich anbieten könnte. Irgendwann schrieb ich diese Idee auf ein Zettelchen – ohne konkrete Zahlen. Jobs, das ist es natürlich, was Indien mit seiner jungen Bevölkerung braucht.

Und das war dann auch der Wendepunkt in den Verhandlungen. Aber: Das Seco kann Firmen nicht zwingen, in Indien zu investieren.

Das war immer klar. Es ist eine freiwillige Aktion. Daher habe ich zweimal Firmen und Wirtschaftsverbände konsultiert und gesagt: Schaut, meine Leute sagen, wir seien noch nie so nahe an einem Abschluss gewesen. Jetzt können wir mit dem Investitionskapitel einen neuen Weg gehen. Nach unseren Berechnungen erreichen wir die Ziele wahrscheinlich in 15 Jahren.

Und wenn die Efta-Staaten dieses ambitionöse Ziel nicht erreichen?

Wir haben 15 Jahre Zeit. Gelingt es uns nicht, beginnt ein fünfjähriger mehrstufiger Prozess. Indien könnte danach einseitig die Zollpräferenz teilweise und vorübergehend aufheben. Wichtig: Unser einziges Risiko ist, dass wir in 20 Jahren eventuell wieder dort stehen, wo wir heute sind. Dafür haben wir aber jetzt einen «First Mover»-Vorteil gegenüber anderen Ländern. Dieser ist attraktiv und schafft uns einen Vorsprung gegenüber anderen Ländern. Denn unsere Firmen kämpfen aktuell mit einem starken Schweizer Franken, unser Exportmarkt Deutschland schwächelt, und der Handel unterliegt generell geopolitischen Störungen.

Unsere Uhrenindustrie ist sehr zufrieden mit dem Abkommen: Der 22-prozentige Zoll wird innerhalb von sieben Jahren vollständig abgebaut. Welche anderen Branchen erhalten einen so grossen Wettbewerbsvorteil gegenüber ausländischer Konkurrenz?

Insgesamt beseitigt oder senkt das Abkommen Zölle für rund 95 Prozent unserer Exporte nach Indien. Damit können Schweizer Exporteure jährlich 167 Millionen Franken sparen. Mir lag neben anderen Branchen die Maschinen-, Elektro- und



Drei Monate vor Verhandlungsabschluss: Staatssekretärin Helene Budliger Artieda und der indische Handelsminister Piyush Goyal treffen sich in Delhi.

Metallindustrie am Herzen. Diese wird heute durch bis zu fast 30-prozentige Zölle belastet. Es ist uns aber nicht gelungen, für alle Schweizer Wirtschaftssektoren alles herauszuholen.

Können Sie ein Beispiel machen?

Der Landwirtschaftsbereich ist für Indien extrem sensibel, konkret Milchprodukte. Normalerweise punkte ich hier, wenn ich sage, dass ein Schweizer Bauernhof mit 50 Milchkühen bereits zu den Grossbetrieben zählt. Dieses Argument beeindruckte Minister Goyal nicht. Er verwies zu Recht auf Indiens Kleinstbauern: Häufig sind das alleinstehende Frauen mit drei Kühen in einer Kooperative.

Werden durch das Abkommen künftig mehr Inder auf den Schweizer Arbeitsmarkt kommen?

Nein. Den Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt haben wir nicht verhandelt. Es gelten Drittstaaten-

kontingente, und diese werden nicht einfach so angepasst. Unsere Zugeständnisse an Indien liegen im Rahmen unserer gesetzlichen Möglichkeiten, beispielsweise erhalten gewisse Kategorien von Geschäftsreisenden leichter ein Einreisevisum.

Über Rechte an geistigem Eigentum wurde lange verhandelt. Offenbar hat man einen Kompromiss gefunden. Was bringt er der Schweiz? Rechtssicherheit. Das war das Wichtigste. Ich musste Minister Goyal öfter sagen, dass ich hier keine Kompromisse eingehe. Denn das wäre so, als wenn ich von ihm verlangte, den Schutz der indischen Landwirtschaft aufzugeben. Der Schutz von geistigem Eigentum ist unser Brot-und-Butter-Geschäft. Wir leben von innovativen Ideen – nicht nur im Pharmabereich – und sind damit reich geworden.

Indien ist der grösste Generikaproduzent für Patienten weltweit und bezeichnet sich

selbst als Apotheke der Armen. Ändert das Abkommen daran etwas sowie am Zugang der indischen Bevölkerung zu Generika?

Es ändert überhaupt nichts.

Kritische Stimmen beanstanden das Kastensystem oder die Umweltprobleme in Indien. Was halten Sie dem entgegen?

Man darf nicht glauben, dass die Schweiz Indien verändert. Indien regiert sich selbst und ist nur bedingt offen für Lektionen aus westlichen Ländern. Im Kapitel zu Handel und nachhaltiger Entwicklung nehmen wir Themen auf, die einen Bezug zu Handel haben: Klima, Biodiversität und Arbeitsmarkt. Man überfordert ein Handelsabkommen, wenn man zusätzlich gesellschaftspolitische, kulturelle oder religiöse Aspekte aufnimmt. Dinge zu fordern, welche mehrere Generationen innerhalb der indischen Gesellschaft nicht erreicht haben – da würden wir uns überschätzen.

Also kein Wandel durch Handel?

Dieses Konzept hat nicht das gebracht, was wir uns im Westen davon erhofft hatten. Aber des-

wegen müssen wir keine Bankrotterklärung unterschreiben: Freihandel bleibt ein erfolgreiches Rezept zur Armutsbekämpfung.

Die geopolitische Blockbildung nimmt zu. Wird das Freihandelsabkommen mit Indien unsere anvisierte Aktualisierung des Abkommens mit China gefährden?

Ganz im Gegenteil. Ich glaube, da gibt es einen gesunden Wettbewerb zwischen den Ländern: Das eine Abkommen ist eine Chance für das andere.

Mit welchem Land schliesst die Schweiz das 36. Freihandelsabkommen ab?

Es gibt verschiedene Kandidaten. Ich hoffe auf dasjenige mit den Mercosur-Staaten. Aber das ist schwierig vorherzusagen.

Mit der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens Efta – Indien vom 10. März 2024 ist es noch nicht getan. Wann tritt es in Kraft?

Der Schweiz-interne Ratifikationsprozess im Parlament läuft bereits. Wenn alles gut geht, ist das Abkommen im Herbst 2025 in Kraft.

Helene Budliger Artieda

Die 59-jährige Helene Budliger Artieda leitet seit August 2022 das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Als 20-Jährige stieg sie als Assistentin beim Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ein. 15 Jahre lang arbeitete sie in sechs verschiedenen Ländern. Im Jahr 2000 schloss sie

in Kolumbien den MBA ab. Es folgte die Leitung der Direktion für Ressourcen im EDA sowie der Botschaften in Südafrika und in Thailand, bevor sie zur Staatssekretärin ernannt wurde. Das Seco ist mit seinen rund 800 Mitarbeitenden das Kompetenzzentrum des Bundes für die Kernfragen der Wirtschaftspolitik.

Mehr Artikel auf X und LinkedIn



Freihandel aus der Sicht Indiens

Indien ist eine schnell wachsende Volkswirtschaft. Um die Millionen Menschen aus der Armut zu befreien, muss das Land deshalb zwischen Handelsliberalisierungen und Entwicklungsprioritäten abwägen.

Pritam Banerjee, Indian Institute of Foreign Trade

Indien will sich immer mehr in die globale Wirtschaft integrieren. Freihandelsabkommen sollen dem Land dabei helfen. Indiens Freihandelsstrategie hat sich in den letzten drei Jahrzehnten ständig weiterentwickelt. Die ersten Freihandelsabkommen hat Indien Ende der 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre mit seinen Nachbarländern in der südasiatischen Region ausgehandelt. Sie umfassten ausschliesslich den Abbau der Warenzölle.

Die zweite Phase begann Mitte der 2000er-Jahre und war Teil der indischen «Look East»-Politik. Sie umfasste Singapur, Malaysia, Japan, Korea und den Verband Südostasiatischer Nationen (Asean), zu dem auch Länder wie Indonesien, Vietnam und Thailand gehören. Die abgeschlossenen Abkommen waren ehrgeiziger und beinhalteten zudem Vereinbarungen zum Dienstleistungshandel und zu technischen Handelshemmnissen.

Grosse Abkommen scheitern

Im Anschluss an diese zweite Phase nahm Indien Verhandlungen mit der EU und der Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) auf. Letztere ist die grösste Freihandelszone der Welt und umfasst neben den Asean-Staaten auch China, Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland. Allerdings kamen die Verhandlungen zu keinem Abschluss. Die Verhandlungen mit der EU gerieten aufgrund grundlegender Differenzen zwischen den beiden Seiten ins Stocken. Bei der RCEP beschloss Indien, sich zurückzuziehen, weil es ernsthafte Bedenken hatte, ein Freihandelsabkommen abzuschliessen, das China mit

einschliesst. In der dritten Phase ab 2018/2019 hat das Land Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (2022) und der Efta (2024) abgeschlossen, zu der neben Norwegen, Liechtenstein und Island auch die Schweiz gehört. Auch einen ersten Teil («Early Harvest») des Abkommens mit Australien konnte Indien 2022 finalisieren und in Kraft setzen.

Derzeit verhandelt Indien mit dem Vereinigten Königreich, der EU, Oman und Peru. Zudem arbeitet das Land am Abschluss des Abkommens mit Australien. Diese Abkommen neuerer Generation sind hinsichtlich des Umfangs und der Tiefe weitaus umfassender als die bisherigen. Neben Waren, Dienstleistungen und technischen Handelshemmnissen enthalten sie auch Kapitel über den digitalen Handel, Umwelt- und Sozialfragen sowie Handelserleichterungen.

Darüber hinaus engagiert sich Indien auch im Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF), an dem sich unter anderem auch die USA beteiligen. Hier geht es um themenspezifische Abkommen zu widerstandsfähigen Lieferketten, sauberer Energie und fairer Wirtschaft. Auch wenn dies keine Freihandelsabkommen im herkömmlichen Sinne sind, nehmen solche alternativen themenspezifischen Abkommen in Zukunft wahrscheinlich zu, um gemeinsame Standards und Regeln zwischen gleichgesinnten Ländern zu entwickeln.

Die indische Perspektive

Indien ist ein Land der Gegensätze. Kaufkraftbereinigt haben fast 60 Millionen der insgesamt

Die grosse Mehrheit der Menschen in Indien gehört noch immer zu den Geringverdienenden. Frau im Dharavi-Slum in Mumbai.



1,4 Milliarden Inder und Inderinnen einen Lebensstandard, der mit dem Durchschnitt Italiens vergleichbar ist – wohlgerneht einer der grossen europäischen Volkswirtschaften und eines Mitglieds der G-7 und der G-20. Gleichzeitig leben in Indien fast 200 Millionen Menschen mit weniger als 2,15 Dollar pro Tag. Das entspricht der Hälfte der Menschen, die in Subsahara-Afrika unterhalb der Armutsgrenze leben. Auch wenn es in Indien absolut betrachtet sehr viele Menschen in allen Einkommenskategorien gibt, zählt die grosse Mehrheit immer noch zu den Geringverdienenden.

Ausserdem ist Indien gemäss dem US-Magazin «Fortune» Sitz der acht weltweit umsatzstärksten Unternehmen und von mehr als 600 Unternehmen mit einem Umsatz von fast 100 Millionen Dollar. Gleichzeitig gibt es etwa 7 Millionen Kleinstunternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 0,6 Millionen Dollar, wobei die meisten von ihnen weniger als 0,3 Millionen Dollar erwirtschaften. In diesen Zahlen sind mehrere Millionen informeller Einzelunternehmen nicht enthalten.

Indien ist eine offene und transparente Demokratie. Interessengruppen sind bereits seit Langem aktiv, um ihre Forderungen auf verschiedenen Regierungsebenen durchzusetzen. Bei jeder politischen Entscheidung müssen deshalb verschiedene Interessen gegeneinander abgewogen werden. Es gibt kein anderes Entwicklungsland mit einer solchen Vielfalt an Einkommensniveaus und industriellen Kapazitäten, das gleichzeitig eine föderale Demokratie ist.

Die politischen Entscheidungsträger müssen sich darüber im Klaren sein, welche Sektoren einer Handelsöffnung besonders betroffen sind. In einigen Sektoren gibt es sehr viele Kleinstunternehmen oder Arbeitnehmende aus sozioökonomisch schwächeren Schichten. In anderen Fällen kann ein Wirtschaftssektor politisch sensibel sein, da er für eine bestimmte Provinz extrem wichtig ist. Diese Komplexität zwingt Indien, mindestens 15 bis 20 Prozent seiner Zolltarifpositionen in den Verhandlungen zu schützen. Das heisst, die indischen Entscheidungsträger sind nicht generell protektionistisch, sondern: Sie sind pragmatisch.

Auch bei Rechten für geistiges Eigentum müssen die indischen Politiker die Bedürfnisse der öffentlichen Gesundheit Indiens priorisieren. Damit

Medikamente auch für die weniger wohlhabende Bevölkerung zugänglich bleiben, müssen sie die Versuche von Pharmaunternehmen abwehren, welche die Dauer des Patentschutzes verlängern wollen. Zudem muss Indien darauf achten, dass Umwelt- und Arbeitsrechte nicht als protektionistische Instrumente von der Gegenseite missbraucht werden. Das alles bedeutet: Ein Abkommen mit Indien setzt voraus, dass die Verhandlungspartner Indiens einzigartige Komplexität verstehen und zu schätzen wissen.

Gleichgewicht: Indien-Efta

In dieser Hinsicht ist das Handels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Trade and Economic Partnership Agreement, Tapa) zwischen Indien und der Efta ein bemerkenswerter Erfolg. Das Tapa ist generell ein Vorbild für Freihandelsabkommen zwischen grossen Entwicklungsländern und reichen Industrienationen. Da die Zölle in den Industrieländern in der Regel sehr niedrig sind, bringen Freihandelsabkommen den Warenexporteuren aus Entwicklungsländern keinen grossen Mehrwert. Die Schweiz beispielsweise erhebt seit 2024 keine Einfuhrzölle auf Industriegüter.

Das Abkommen zwischen Indien und der Efta schafft dennoch ein Gleichgewicht: Auf der einen Seite gewährt Indien Zollsensenkungen. Auf der anderen Seite verpflichten sich die wohlhabenden Industrieländer, längerfristig Investitionen und Arbeitsplätze zu fördern. Ungeachtet der Kritik, ob diese Verpflichtung tatsächlich wirksam ist, stellt sie sicher eine radikale Neuerung dar.

Mit derzeit rund 42 Millionen Studierenden im indischen Hochschulsystem wird Indien bis 2040 wahrscheinlich die grösste Anzahl an hoch qualifizierten Fachkräften der Welt haben. Anders die wohlhabenderen Volkswirtschaften in Europa und Nordamerika: Aufgrund der Überalterung der Bevölkerung fehlen dort qualifizierte Fachkräfte immer mehr. Das Tapa zwischen Indien und der Efta ermöglicht es Efta-Firmen, das grosse Angebot an technisch qualifizierten Arbeitskräften in Indien selbst zu nutzen – insbesondere bei digitalen Dienstleistungen. Zusätzliche Verpflichtungen erleichtern zum Beispiel die Einreise in die Efta-

Länder für bestimmte Kategorien von indischen Geschäftsreisenden oder Wartungspersonal.

Indiens künftiger Kurs

Indien wird sich auch in Zukunft weiter bemühen, seine Freihandelsabkommen mit der EU, dem Vereinigten Königreich und der Eurasischen Wirtschaftsunion voranzutreiben. Zu Letzterer gehören beispielsweise Russland, Kasachstan und Armenien. Es wird wahrscheinlich auch Freihandelsabkommen mit den Mitgliedsländern der RCEP und der transpazifischen CPTPP anstreben, mit denen Indien noch kein Abkommen hat. Damit würde In-

diens Freihandelsnetz ganz Europa und Asien mit Ausnahme Chinas abdecken.

Eine weitere Priorität wären Freihandelsabkommen mit afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern. Bei all diesen Freihandelsabkommen bestünde die Herausforderung für Indien darin, seine oben beschriebenen besonderen Empfindlichkeiten zu berücksichtigen. Angesichts der wachsenden geopolitischen Spannungen und der zunehmenden Tendenz, bevorzugt Handels- und Investitionsbeziehungen mit geopolitischen Verbündeten einzugehen, werden vermutlich auch neue Abkommen an Bedeutung gewinnen – beispielsweise das IPEF mit den USA und Australien.



Pritam Banerjee

Professor und Leiter des Centre for WTO Studies, Indian Institute of Foreign Trade (IIFT), Delhi

Zwischen Ost und West: Indiens geopolitischer Spagat

Seit der Unabhängigkeit 1947 hat sich Indiens Politik immer wieder neu erfunden. Wer ist dieses bevölkerungsreichste und wirtschaftlich aufstrebende Land? Eine historische Spurensuche.

Shrey Kapoor, Universität Basel

Als «grösste Demokratie der Welt», «natürlicher Verbündeter des Westens» und zunehmend als «wichtiger Handelspartner» – so wird Indien wahlweise vorgestellt. Doch seine Rolle auf der globalen Bühne ist weitaus vielschichtiger: Seit 1947 – dem Jahr der Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft – verfolgt Indien eine Politik der strategischen Autonomie, die entgegen westlichen Erwartungen oft eigene Wege geht.

Tatsächlich hat sich Indiens Engagement in der Weltwirtschaft und der Aussenpolitik im Laufe der Geschichte immer wieder gewandelt: von Jawaharlal Nehru, dem ersten Premierminister der jungen, unabhängigen Nation, über die wirtschaftliche Liberalisierung um die Jahrtausendwende bis zur heutigen hindunationalistischen Politik Narendra Modis. Immer wieder lavierte das Land zwischen wirtschaftlicher Öffnung und dem Schutz eigener Interessen; zwischen der Annäherung an westliche Verbündete und der Pflege der Beziehungen zu autoritären Regimes. Dieser Balanceakt dauert bis heute an und prägt Indiens Position in der Welt.

1947-1991: Neutraler Selbstversorger

Nach der Unabhängigkeit 1947 prägte Jawaharlal Nehru Indiens Wirtschafts- und Aussenpolitik nach zwei Prinzipien: der Selbstversorgung und der Blockfreiheit. Die Blockfreien-Bewegung, der

auch Ägypten und das damalige Jugoslawien angehörten, wollte sich im Kalten Krieg neutral verhalten. Wirtschaftlich übersetzten sich diese beiden Prinzipien in eine Strategie der Importsubstitution, gekennzeichnet durch hohe Zölle, strenge Importquoten und eine starke staatliche Kontrolle von Schlüsselindustrien wie der Stahlindustrie, dem Maschinenbau, der Chemieindustrie und der Automobilproduktion. Ziel war es, eine vielfältige industrielle Basis aufzubauen und die Abhängigkeit von ausländischen Importen zu verringern.

Auf diesem Weg versuchte Indien seine politische Unabhängigkeit während des Kalten Kriegs zu wahren. Diese Haltung des «Non-Interventionismus» ermöglichte es Indien, sich aus internationalen Konflikten herauszuhalten und sich auf seine eigenen Entwicklungsziele zu konzentrieren. Gleichzeitig vermied es so eine Verstrickung in die Rivalitäten der Supermächte.

1991-2014: Indien öffnet sich

Doch die wirtschaftlichen Herausforderungen der 1980er-Jahre – insbesondere die hohe Verschuldung, steigende Inflationsraten und ein wachsendes Handelsdefizit – führten in Indien zu einem Umdenken und läuteten eine neue Ära der wirtschaftlichen Reformen und der Öffnung gegenüber internationalen Märkten ein.



Komplexe Beziehung: Zwar sucht Indien die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China, positioniert sich gleichzeitig aber auch als Gegenpol.

Eine schwere Zahlungsbilanzkrise im Jahr 1991 zwang Indien zu einer Neuausrichtung seiner Wirtschaftspolitik. Damals stand das Land kurz vor dem finanziellen Kollaps und war gezwungen, beim Internationalen Währungsfonds (IWF) um Hilfe zu bitten. Unter der Führung des damaligen Finanzministers Manmohan Singh, der später auch Premierminister wurde, leitete Indien weitreichende Wirtschaftsreformen ein. Dazu gehörten die Liberalisierung des Handels, die Öffnung für ausländische Investitionen und die Deregulierung verschiedener Sektoren wie etwa der Telekommunikation, der Luftfahrt und der Versicherungswirtschaft.

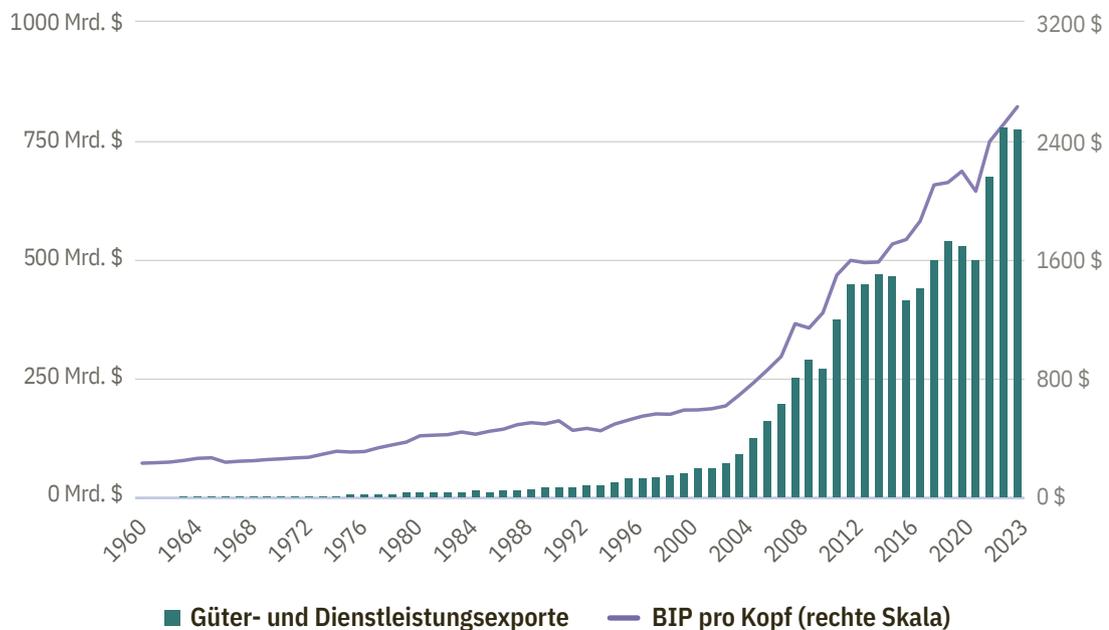
Die Auswirkungen dieser Reformen waren tiefgreifend. Indiens Anteil am Welthandel und die ausländischen Direktinvestitionen stiegen deutlich an. Das Land erlebte in den 2000er-Jahren ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum mit Raten von über 8 Prozent (siehe Abbildung auf S. 22). Die Liberalisierung brachte jedoch auch Herausforderungen mit sich. Sie machte Indien anfälliger für globale Wirtschaftsschocks und verschärfte die sozio-

ökonomischen Ungleichheiten. Die rasche Urbanisierung und wirtschaftliche Umstrukturierung führten zu sozialen Spannungen und regionalen Disparitäten. Ein Beispiel dafür ist die zunehmende Kluft zwischen den prosperierenden IT-Zentren wie Bangalore und den ländlichen Regionen, die zunehmend von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt wurden.

Modis autoritärer Nationalismus

Die wirtschaftliche Liberalisierung hatte auch weitreichende geopolitische Auswirkungen. Indiens zunehmende Integration in die Weltwirtschaft führte zu engeren Beziehungen zum Westen, insbesondere zu den Vereinigten Staaten. Ein Beispiel ist das Indien-USA-Nuklearabkommen von 2008, das eine bedeutende Verschiebung von Indiens aussenpolitischer Orientierung markierte. Indien, das seit 1974 offiziell eine Atommacht ist, wurde zunehmend zum strategischen Verbündeten des Westens.

Indiens wirtschaftlicher Aufstieg (1960–2023)



Quelle: Weltbank / Die Volkswirtschaft

Mit Narendra Modis Wahlsieg 2014 begann eine neue Ära in Indiens Wirtschafts- und Aussenpolitik. Einerseits verfolgte die Regierung unter der Führung der rechtskonservativen BJP-Partei mit Initiativen wie «Make in India» einen nationalistischeren Kurs, um die heimische Produktion und Beschäftigung zu stärken und Importe zu reduzieren. Andererseits trieb Modi die Liberalisierung voran, etwa durch Sonderwirtschaftszonen (SEZ), die Investitionen und Exporte ankurbeln sollten. In den SEZ werden keine Zölle erhoben. Die dortigen Unternehmen haben freien Zugang zum indischen Binnenmarkt und profitieren von temporären Steuervergünstigungen sowie weiteren Ausnahmeregelungen.

Diese Massnahmen zeigten Wirkung: Das Wirtschaftswachstum beschleunigte sich von durchschnittlich 4,5 Prozent in den Jahren 2000 bis 2013 auf durchschnittlich 5,76 Prozent zwischen 2014 und 2022. Doch diese Politik ist umstritten: Kritiker beanstandeten Landenteignungen, eine Aufweichung von Arbeits- und Umweltstandards sowie eine Begünstigung von Industriemagnaten wie Gautam Adani. Sie argumentieren, diese Bevorzugung einiger weniger Konzerne könnte den Wettbewerb

verzerren, Monopole schaffen und den Wohlstand in den Händen einer kleinen Elite konzentrieren.

Ein Gegenpol zu China

Während die Ära der Liberalisierung der frühen 2000er-Jahre Indien näher an den Westen heranzuführte, ist die geopolitische Strategie unter Modi komplexer geworden. Die zunehmende Integration in die Weltwirtschaft und die engeren Beziehungen zum Westen bilden zwar weiterhin wichtige Pfeiler der indischen Aussenpolitik. Doch das zunehmend selbstbewusste Auftreten Chinas in der Region wird immer zentraler. Indien positioniert sich verstärkt als Gegenpol zu China und strebt eine wichtigere Rolle im Indo-Pazifik-Raum an. Beide Länder konkurrieren dort um Einfluss – sei es durch Infrastrukturinitiativen oder verstärktes Engagement in Afrika oder Südostasien. Der anhaltende Grenzkonflikt und die Handelsstreitigkeiten mit China haben die Beziehungen zusätzlich belastet.

In diesem komplexen geopolitischen Kontext verfolgt Indien eine vielschichtige Strategie: Einer-

seits sucht es die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China in Bereichen des gemeinsamen Interesses. Beispielsweise kooperieren die beiden Länder im Rahmen der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) und bei Projekten zur Verbesserung der erneuerbaren Energien. Andererseits baut es die strategischen Partnerschaften mit westlichen Ländern wie den USA, Japan und Australien weiter aus, um ein Gegengewicht zu Chinas Einfluss zu schaffen, so etwa beim quadrilateralen Sicherheitsdialog – kurz Quad.

Kritik an Modis Politik

Gleichzeitig stärkt Indien als Brics-Mitglied seine Beziehungen zu anderen aufstrebenden Mächten und hält trotz des Angriffskriegs in der Ukraine an seiner traditionellen Partnerschaft mit Russland fest. Dies zeigt sich etwa in fortgesetzten Ölimporten und der Zusammenarbeit in der Waffenproduktion. Diese multidimensionale Aussenpolitik reflektiert Indiens Bestreben, seine Rolle als strategischer Verbündeter des Westens mit seiner his-

torischen Blockfreiheit und dem Wunsch nach strategischer Autonomie in Einklang zu bringen.

Trotz wirtschaftlicher und geopolitischer Erfolge hat Modis Amtszeit auch wachsende Bedenken hinsichtlich autoritärer Tendenzen hervorgerufen. Kritiker verweisen auf Einschränkungen der Pressefreiheit, den problematischen Umgang mit religiösen Minderheiten und die zunehmende Zentralisierung der Macht. Die Aufhebung des Sonderstatus für den Bundesstaat Jammu und Kashmir im Jahr 2019 wurde als Schritt zur Unterdrückung der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung gesehen. Diese Entwicklungen beeinträchtigen Indiens internationales Ansehen als Demokratie und unterstreichen die Komplexität von Indiens Aufstieg.

Für Länder, die mit Indien interagieren, einschliesslich der Schweiz und anderer Efta-Staaten, ist das Verständnis dieser komplexen Natur Indiens entscheidend. Es ermöglicht ihnen, die Chancen und Risiken in den Beziehungen zu Indien besser einzuschätzen und eine ausgewogene Strategie zu entwickeln, die sowohl wirtschaftliche Interessen als auch demokratische Werte berücksichtigt.



Shrey Kapoor

Wissenschaftlicher Mitarbeiter,
Europainstitut, Universität Basel

Arif Khan – der indische Skichampion
aus dem Himalaja trainiert auch in der
Schweiz.



Kurzgeschichten zweier ungleicher Freunde: Schweiz und Indien

Seit über 75 Jahren pflegen die Schweiz und Indien nun schon enge Beziehungen. Fünf Kurzgeschichten erzählen von den intensiven zwischenmenschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der beiden Länder.

Jean-Baptiste Délèze, EDA, Fabienne Weber, Seco

Was haben Indien und die Schweiz gemeinsam? Auf den ersten Blick eigentlich nicht sehr viel. Als bevölkerungsreichstes Land der Welt mit hohen BIP-Wachstumsraten befindet sich Indien in einer ganz anderen Entwicklungsphase als die Schweiz. Schaut man aber genauer hin, erkennt man ein dichtes Geflecht von menschlichen, kulturellen und natürlich wirtschaftlichen Beziehungen, die über viele Jahre hinweg entstanden sind.

Als frisch unabhängiger Staat unterzeichnete Indien 1948 das erste Friedens- und Freundschaftsabkommen seines Bestehens mit der Schweiz. Dieses Abkommen sollte sich als positives Omen erweisen, denn es sah bereits den Abschluss von Handelsverträgen vor, die damals als *Treaties of Establishment and Commerce* bezeichnet wurden.

75 Jahre später wurde dieses Vorhaben in die Tat umgesetzt: Indien und die Efta-Staaten, zu denen auch die Schweiz gehört, unterzeichneten im März 2024 das *Trade and Economic Partnership Agreement* (Tepa).

Ein Stück Indien im Portemonnaie

Der Vertragsabschluss ist nicht nur ein historisches Moment, sondern auch ein Ausdruck der tiefen Freundschaft zwischen den beiden Ländern. Die Schweizer Botschaft in Delhi und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) zeigen diese schweizerisch-indische Freundschaft anhand von fünf Beispielen.

Von 1997 bis 2017 trugen die Schweizerinnen und Schweizer meist ahnungslos ein Stück Indien im Portemonnaie mit sich herum: Auf der Rückseite der alten Zehnernote war nämlich ein Ausschnitt einer Bauskizze der indischen Stadt Chandigarh zu sehen, die im Norden des Landes liegt. Wie kommt das?

Kurz nach der Unabhängigkeit Indiens im Jahr 1947 erhielt der schweizerisch-französische Stararchitekt Le Corbusier den Auftrag, eine Hauptstadt für den neu entstandenen Gliedstaat Punjab zu entwerfen. Seine Vision einer gut organisierten und funktional gebauten Stadt sollte Indiens Eintritt in die Moderne symbolisieren. Le Corbusier teilte die Stadt in verschiedene Zonen für Wohnen, Handel, Arbeit und Freizeit auf. Das rechtwinklige Strassennetz zeichnet sich auch heute noch durch zahlreiche Grünflächen und Spielplätze aus. Die schweizerische Zehnernote mit dem Porträt von Le Corbusier und seiner Bauskizze wurde zwar 2017 aus dem Verkehr gezogen, doch seine Architektur hat Chandigarh nachhaltig geprägt: Die von ihm entworfenen Verwaltungsgebäude aus Sichtbeton gehören zum Unesco-Weltkulturerbe. In Indien wird Chandigarh «City Beautiful» (schöne Stadt) genannt.

Bollywood am Lauenensee

Umgekehrt hat Indien auch die Schweizer Geografie geprägt. Der Lauenensee im Berner Oberland trägt nämlich den Übernamen «Lake Yash Chopra» nach

einem berühmten Bollywood-Regisseur, der zahlreiche Filmszenen in dieser Region gedreht hat. Sein ikonisches Werk «Die Beherzten werden die Braut mitnehmen»¹ von 1995 wurde in der Gegend um Interlaken gefilmt und läuft auch heute noch in den indischen Kinos. Indische Filmstars, die sich vor den verschneiten Berggipfeln und glitzernden Seen der Berner Alpen in die Arme fallen, haben zu einem starken Anstieg des indischen Tourismus in der Schweiz geführt. 2023 wurden hierzulande 602'000 Übernachtungen von indischen Gästen verzeichnet – Tendenz steigend. Das macht Indien zum zweitgrössten Herkunftsmarkt für den Schweizer Tourismus. Diese Begeisterung für unser Land führte zu einer fast industriellen Visumsproduktion: Zwischen 25 und 35 Prozent aller Visa, welche die Schweiz jedes Jahr weltweit ausstellt, gehen an indische Touristen. 2023 wurden fast 200'000 Visa vergeben – ein Rekord, der 2024 wahrscheinlich erneut übertroffen wird.

Heilige Kühe

Im südindischen Bundesstaat Kerala stösst man auf einen nachhaltigen Beweis der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Schweiz. Von 1963 bis 1996 unterstützte die Schweiz dort Milchgenossenschaften, um im Rahmen des Indo-Swiss Kerala Project die Produktivität kleiner Betriebe zu verbessern. Ein weiteres, ähnliches Projekt namens North Kerala Dairy Development Project lief von 1987 bis 2002.

Dank der schweizerischen Unterstützung konnte die Milchproduktion seit 1966 um das 30-Fache erhöht werden! Und auch nach dem Ende des Programms blieb die Initiative erfolgreich: Heute profitieren knapp 1200 Genossenschaften mit über 100'000 Mitgliedern von den damals geschaffenen Strukturen. Zudem konnte auch der ökologische Fussabdruck der Milchwirtschaft reduziert werden. Der grösste Teil der Milch ist für den inländischen Verbrauch bestimmt. Ein Teil wird jedoch auch in Form von Butter oder Eiscreme exportiert.

Die Milchwirtschaft ist somit ein fester Bestandteil sowohl der indischen wie auch der schweizerischen Kultur. Kühe gelten im Hinduismus als heilig. Sind uns Schweizern die Kühe nicht auch ein wenig heilig?

Indischer Champion auf Schweizer Ski

Heilig ist uns Schweizern sicher eines: das Skifahren. Dieses Hobby haben Schweizer Touristen nicht unbedingt im Kopf, wenn sie Indien bereisen – obwohl sich im Himalaja die höchsten Gipfel der Welt befinden. Und doch hat Indien einen Skichampion hervorgebracht: Arif Khan. Sein Vater, Besitzer eines Geschäfts für Skizubehör, brachte ihm diese in Indien kaum verbreitete Sportart bei, als er vier Jahre alt war. Mit zwölf Jahren gewann Arif Khan seine erste nationale Goldmedaille.

Der aus der Region Kashmir stammende Sportler trainiert seit 2008 auch in der Schweiz und verbessert hier seine Technik. Er wird dabei vom Schweizerischen Skiverband und von der Marke Stöckli unterstützt. Im November 2023 gewann er in Dubai als erster indischer Skifahrer einen internationalen Wettbewerb. Heute setzt er sich an seinem Geburtsort Gulmarg für die Ausbildung der nächsten Generation indischer Skiläufer ein und bereitet sich gleichzeitig auf die Olympischen Spiele 2026 in Italien vor.

Yoga – Türöffner für eine Kultur

Es ist aber – metaphorisch gesprochen – nicht zwingend nötig, in eine Luftseilbahn zu steigen, um in höhere Sphären vorzudringen. Yoga ist heute in der Schweiz fast ebenso verbreitet und beliebt wie in Indien, wo es beheimatet ist. Mit Yoga ist auch die traditionelle ayurvedische Medizin eng verknüpft. Sie vertritt einen ganzheitlichen Ansatz und befasst sich mit der Krankheitsprävention und natürlichen Heilmethoden. Das Interesse der Schweizerinnen und Schweizer für diese alternative Medizin wird insbesondere durch die Anzahl an Suchanfragen belegt, die im vergangenen Jahr im Internet zu Ayurveda gemacht wurden: Die Schweiz hält dabei den Rekord unter allen westlichen Staaten. Die meisten ayurvedischen Behandlungen werden von der schweizerischen Grundversicherung zwar nicht übernommen, doch viele Krankenkassen decken diese über Zusatzversicherungen ab. Diese Tatsache sowie die schweizerische Tradition der Kur- und Wellnessangebote erklären, weshalb in der Schweiz zahlreiche Einrichtungen entstehen, die Ayurveda-Behandlungen

¹ Originaltitel: «Dilwale Dulhania Le Jayenge».

anbieten. Zudem zieht es viele Schweizer Touristen nach Südindien, das auf ayurvedische Kuren spezialisiert ist.

Yoga machte nicht nur Ayurveda populär, sondern sorgte auch dafür, dass indische Instrumente in der Schweiz immer beliebter werden, darunter vor allem das Harmonium, welches in Yoga-Studios den Gesang begleitet. Ein weiteres indisches Musikinstrument, der Ghatam, inspirierte wiederum die beiden Schweizer Instrumentenbauer Felix Rohner und Sabina Schärer. Der indische Ghatam ist ein bauchiger Tontopf, der sitzend mit beiden Händen gespielt wird. Aufgrund der runden Form des Instruments kamen sie auf die Idee, zwei Halbkugeln aus Stahlblech aufeinanderzulegen.

So entwickelten sie im Jahr 2000 das Hang, ein Perkussionsinstrument, das sich inzwischen auf der ganzen Welt verbreitet hat.

Es sind diese persönlichen Verflechtungen, die grossen und kleinen, und die symbolträchtigen Geschichten, die einen fruchtbaren Boden bilden, auf dem die bilateralen Beziehungen gedeihen. Das Tapa entstand aus dieser intensiven Freundschaft, die weiterhin sehr viel Potenzial für künftige, noch unbekannte Projekte der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Indien aufweist. Das Abkommen wird diese Dynamik zusätzlich befeuern und die Schweiz und Indien noch viele weitere gemeinsame Erfolgsgeschichten schreiben lassen.



Jean-Baptiste Délèze

Leiter Wirtschaft, Handel und Finanzen, Schweizer Botschaft, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Delhi



Fabienne Weber

Ressort Asien und Ozeanien, Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), Bern

Alter Wein in neuen Schläuchen

Standpunkt von Isolda Agazzi



Isolda Agazzi ist Verantwortliche Handelspolitik bei Alliance Sud, selbstständige Journalistin sowie Autorin der Website lignesdhorizon.net

Das Freihandelsabkommen mit Indien ist in einigen Bereichen fortschrittlich, in anderen veraltet. Wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) selbst sagt, wurde es seit 2014 grösstenteils nicht mehr aktualisiert. Eine Ausnahme ist die Verpflichtung der Efta-Staaten, innerhalb von 15 Jahren 100 Milliarden Dollar in Indien zu investieren und eine Million Arbeitsplätze zu schaffen.

Ohne diese Zusage hätte Delhi das Abkommen nicht unterzeichnet. Denn der Punkt ist Teil des «Make in India»-Programms, das ausländisches Kapital ins Land holen, neue Arbeitsplätze schaffen und den Technologietransfer fördern soll. Grundsätzlich sind solche Initiativen erfreulich, da sie zur nachhaltigen Entwicklung beitragen können. Dazu müssten sie aber an Kriterien geknüpft sein, was hier nicht der Fall ist. Die Investitionen unterliegen weder sozialen noch ökologischen Auflagen. Es besteht also die Gefahr, dass auch Unternehmen unterstützt werden, die beispielsweise Kohle abbauen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb: Wie werden die Efta-Staaten und die Schweiz die Investitionsförderung umsetzen? Anreize werden sicher vom Investitionsschutzabkommen ausgehen, das derzeit vom Freihandelsabkommen los-

gelöst neu verhandelt wird. Indien hatte das alte 2017 gekündigt, weil es die darin enthaltenen Bestimmungen für unausgewogen hielt. Alliance Sud und die meisten NGOs plädieren für den Ausschluss des Investor-State Dispute Settlement (ISDS), das es ausländischen Unternehmen ermöglicht, gegen den Gaststaat zu klagen, wenn dieser etwa Umwelt- oder Gesundheitsschutzmassnahmen ergreift. Umgekehrt gilt diese Regelung jedoch nicht.

Positiv ist, dass Indien erstmals mit einem eigenen Kapitel Verpflichtungen zur nachhaltigen Entwicklung eingegangen ist. Den neuen Efta-Standards genügen sie allerdings nicht. So fehlt etwa der Artikel zum Expertengremium, an das sich beide Parteien bei Rechtsverletzungen oder gescheiterten bilateralen Verhandlungen wenden können.

Zudem gilt der Streitbeilegungsmechanismus zwar für andere Kapitel, nicht aber für das Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung. Ebenso wenig ist die Finanzierung von technischen Kooperationsprojekten vorgesehen, um das Kapitel umzusetzen – etwa zur Bekämpfung von Kinderarbeit, zum Brandschutz oder für bessere Arbeitsbedingungen in Exportbranchen wie der Textilindustrie. Damit die Nachhaltigkeitsbestimmungen nicht wirkungslos bleiben, enthalten die Abkommen der USA häufig eine solche Unterstützung. Auch die EU verfolgt einen weitaus ambitionierteren Ansatz: Sie fordert ein Expertengremium sowie Sanktionsmöglichkeiten, doch Indien wehrt sich vehement dagegen.

Fest steht: Die Efta hat ihre Ambitionen deutlich gesenkt, um das Abkommen möglichst schnell abzuschliessen. Leider hat sie so die Chance verpasst, sich stärker für eine nachhaltige Entwicklung einzusetzen.¹

¹ Mehr zu diesem Thema auf [Lignesdhorizon.net](https://lignesdhorizon.net).

Ein wichtiges Signal an die Welt

Standpunkt von Stefan Brupbacher



Stefan Brupbacher ist Direktor von Swissmem, Zürich

Gute Nachrichten sind zurzeit rar für die Schweizer Exportwirtschaft sowie die Schweizer Techindustrie, zu der die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie sowie verwandte Technologiebranchen gehören. Denn die Weltwirtschaft befindet sich im Umbruch, und die geopolitische Blockbildung nimmt zu. Wirtschaftspolitisch verabschieden sich die Grossmächte immer mehr vom Freihandel.

Als Exportnation muss die Schweiz Antworten auf diese Entwicklung finden. Unsere grössten Handelspartner sind die EU, die USA und China. Sich aussenpolitisch nur einer dieser Grossmächte anzuschliessen, ist keine Option. Die Exportwirtschaft liefe Gefahr, wichtige Märkte zu verlieren. Sie braucht einen möglichst hindernisfreien Zugang zu allen globalen Absatz- und Beschaffungsmärkten. In der Aussenpolitik ist deshalb Pragmatismus gefragt. Das bedeutet: mit möglichst vielen Ländern gute Beziehungen pflegen.

Das Freihandelsabkommen (FHA) mit Indien ist da ein Riesenerfolg. Denn es erleichtert den Zugang zu einem Markt mit 1,4 Milliarden Einwohnern. Die Güterexporte der Techindustrie nach Indien haben seit 2020 um 60 Prozent zugenommen und 2023 wertmässig die Milliardengrenze überschritten.

Kein anderer Exportmarkt ist in den vergangenen drei Jahren dynamischer gewachsen.

Allerdings: Schweizer Exportfirmen sind auf dem indischen Markt zurzeit noch mit erheblichen Zugangshürden konfrontiert. Die Importzölle auf Industriegüter betragen zwischen 8 und 22 Prozent. Mit Inkrafttreten des FHA werden sie je nach Produkt sofort oder innerhalb der folgenden Jahre schrittweise aufgehoben oder substanziell reduziert. Das bietet insbesondere den Schweizer KMU, die nicht in Indien produzieren, neue Marktchancen. Das FHA stärkt somit den Werkplatz Schweiz und sichert Arbeitsplätze.

Auch Indien profitiert. Denn das Abkommen fördert Investitionen von Schweizer Firmen in Indien und schafft auch dort neue Arbeitsplätze. Zudem bringen Schweizer Unternehmen neue Ausbildungsmöglichkeiten mit. Das eröffnet Perspektiven für die lokale Bevölkerung. Dank den Direktinvestitionen und dem erleichterten Import von Schweizer Hochtechnologieprodukten kann Indien zudem seinen Weg zum globalen Fertigungshub weitergehen. Das Abkommen führt zu einer klassischen Win-win-Situation.

Nachdem die Schweiz Anfang dieses Jahres schon die Industriezölle auf fast alle Importgüter aufgehoben hat, sendet das FHA mit Indien ein weiteres wichtiges Signal an die Welt: Freihandel ist auch in Zeiten von verstärktem Protektionismus möglich. Das ist ermutigend. Denn Handel ist die beste Armutsbekämpfung. Dieser Coup ist gelungen, weil das Staatssekretariat für Wirtschaft eng mit der Privatwirtschaft zusammengearbeitet hat und alle auf Maximalforderungen verzichtet haben. Nun gilt es diesen Schwung für weitere Abkommen mitzunehmen – zum Beispiel eines mit dem Mercosur.

Wer früh zu handeln beginnt, der handelt mehr

Wer handelt, profitiert. Das ist Basiswissen der Volkswirtschaftslehre. Eine neue Studie präzisiert: je früher eine Handelsbeziehung beginnt, desto grösser das langfristige Handelsvolumen.

Reto Föllmi, Universität St. Gallen, David Torun, University of California

Seit der ersten Globalisierungswelle im späten 19. Jahrhundert verbindet sich die Welt immer stärker über den Handel. Gerade kleine Länder wie die Schweiz profitieren davon. Die Globalisierung ist aber keine Einbahnstrasse – immer wieder gab es auch Rückschläge: So war etwa die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen eine Phase mit zunehmenden Handelsbarrieren. Und auch seit der Finanzkrise im Jahr 2007 hat die Wachstumsgeschwindigkeit des weltweiten Handelsvolumens deutlich nachgelassen. Die Corona-Krise hat zudem die Risiken von Lieferketten mit wenigen, weit entfernten Zulieferern aufgezeigt.

Der Freihandel ist immer wieder unter Druck – nicht erst seit Donald Trumps Präsidentschaft. Seit der 2001 lancierten und seither laufenden Doha-Runde sind keine substanziellen Handelsliberalisierungen im Rahmen der multilateralen Welthandelsorganisation (WTO) mehr geglückt. Entsprechend weichen viele Staaten auf das aus, was handelspolitisch einfacher möglich ist: regionale Freihandelsabkommen wie jüngst das Abkommen zwischen Indien und der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta), zu der neben Island, Liechtenstein und Norwegen auch die Schweiz gehört.

Doch wieso handeln wir überhaupt? Es gibt zwei zentrale Aspekte, weshalb Handel gerade für kleine Volkswirtschaften wie der Schweiz grosse Wohlstandsgewinne bringt. Erstens können wir unsere

beschränkten Ressourcen dank des Handels auf das spezialisieren, wo wir relativ zu anderen Ländern am stärksten sind. Das ist die Grundidee der komparativen Vorteile.

Zweitens können wir dank Aussenhandel auch von weltweiten Innovationen profitieren. Wir müssen nicht selber jedes Produkt neu entwickeln und das Rad neu erfinden. Stattdessen können wir die Fixkosten der Forschung und Entwicklung weltweit teilen. Das führt zu tieferen Preisen. Zentrale Handelsvorteile sind also auch der Zugang zu Importen mit gutem Preis-Leistungs-Verhältnis.

Wichtig ist zudem, dass der Grossteil der Importe nicht Konsumgüter sind, sondern vor allem Vorprodukte, welche dann hierzulande weiterverarbeitet werden. Dies zeigt, wie wichtig die Vernetzung im Handelssystem für unsere eigene Produktivität ist.

Es geht nicht nur um Exporte

Aus all diesen Gründen ist es unratsam, die (gesamte) Produktion ins Inland zu verlagern und möglichst hohe Exportüberschüsse zu erzielen, wie dies etwa der ehemalige US-Präsident Donald Trump fordert. Vergleichbar wäre dieser Schritt mit einem 2-Verdiener-Haushalt, der auf jegliche Kinderkrippen, Putzhilfen und Handwerker verzichtet und die gesamten Arbeiten selbst ausführt, um Geld zu sparen.

Ein Handelsschiff der britischen East-India-Company steuert um 1850 das indische Bombay (heute Mumbai) an. Länder handeln heute deutlich mehr miteinander, wenn sie früh damit begonnen haben.



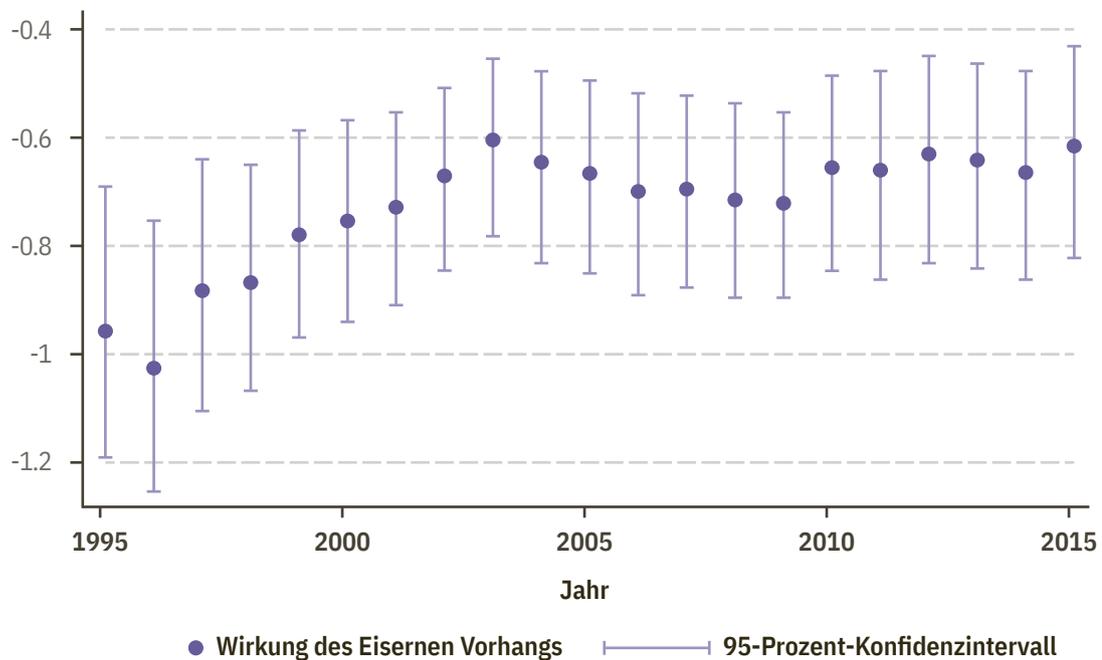
Dieser Schritt ist kontraproduktiv, wenn das Haushaltsmitglied dafür seine Arbeit aufgeben muss, bei der es mehr verdient, als es für Putzhilfe, Kinderkrippe und Handwerker ausgibt.

Das Beispiel zeigt, worum es bei den komparativen Vorteilen und beim Handel insgesamt geht: Es ist besser, die Güter im Inland herzustellen, wo wir (relativ zu anderen Ländern) effizienter produzieren und deswegen am meisten Wertschöpfung erzielen. Wer aber auf Importe verzichtet, muss alles selbst produzieren, egal wie unproduktiv er darin ist. Gerade in einer Welt, die immer unsicherer wird, ist die Lösung für ein kleines Land daher eher mehr als weniger Handel. Denn ein kleines Land wie die Schweiz kann unmöglich alles allein produzieren.

All dies bedeutet, dass die Schweiz ihre Handelswege offen halten muss – denn Handel mit vielen verschiedenen Partnern erlaubt es uns, zu diversifizieren, und macht uns so weniger verwundbar. In diesem Sinne wird auch das Freihandelsabkommen mit Indien dabei helfen, den Schweizer Aussenhandel weiter abzustützen. Aber trotz der vielen Liberalisierungsschritte der letzten Jahrzehnte ist die Handelsintegration der Schweiz nicht perfekt.

Früher Handel kann sich lohnen

Wenn der Handel also grosse Vorteile bieten kann, wie nutzt man ihn am besten aus? Eine Antwort lie-

Abb. 1: Eiserner Vorhang: Wer auf der gleichen Seite war, handelt mehr (1995–2015)

Anmerkung: Die Abbildung zeigt, wie viel weniger (in Prozent des Handelsvolumens) Länder handeln, die sich auf unterschiedlichen Seiten des Eisernen Vorhangs befanden.

Quelle: Egger et al. (2023) / Die Volkswirtschaft

fert die umfangreiche wissenschaftliche Literatur zu diesem Thema.¹ Wenig überraschend ist, dass das Handelsvolumen direkt von der Grösse der Handelspartner und der Transportkosten abhängt. So exportiert die Schweiz beispielsweise dreimal so viel nach Deutschland wie nach Frankreich oder Italien. Andererseits exportieren wir etwa gleich viel ins kleine Österreich wie ins grosse Japan.

Weniger offensichtlich sind zwei andere Muster: Erstens spielen Landesgrenzen immer noch eine wichtige Rolle, auch wenn die Zölle stark gesenkt wurden in den letzten Jahrzehnten und für viele Industrien und Handelspartner heute bei null liegen. So ist der Handel zwischen Kreuzlingen und Konstanz beispielsweise deutlich geringer, als er es wäre, wenn es keine Landesgrenze zwischen diesen beiden Regionen gäbe. Das heisst: Länder beschaffen selbst handelbare Güter weiterhin intensiv im Inland, was auf substanzielle nicht tarifäre Handelshemmnisse hindeutet.

Eine zweite interessante Beobachtung ist: Historische Handelshemmnisse gehen in der Regel mit geringeren Handelsströmen einher, selbst Jahrzehnte nach ihrer Beseitigung. Ein Beispiel dafür liefert der ehemalige Eisernen Vorhang zwischen Ost- und Westeuropa.

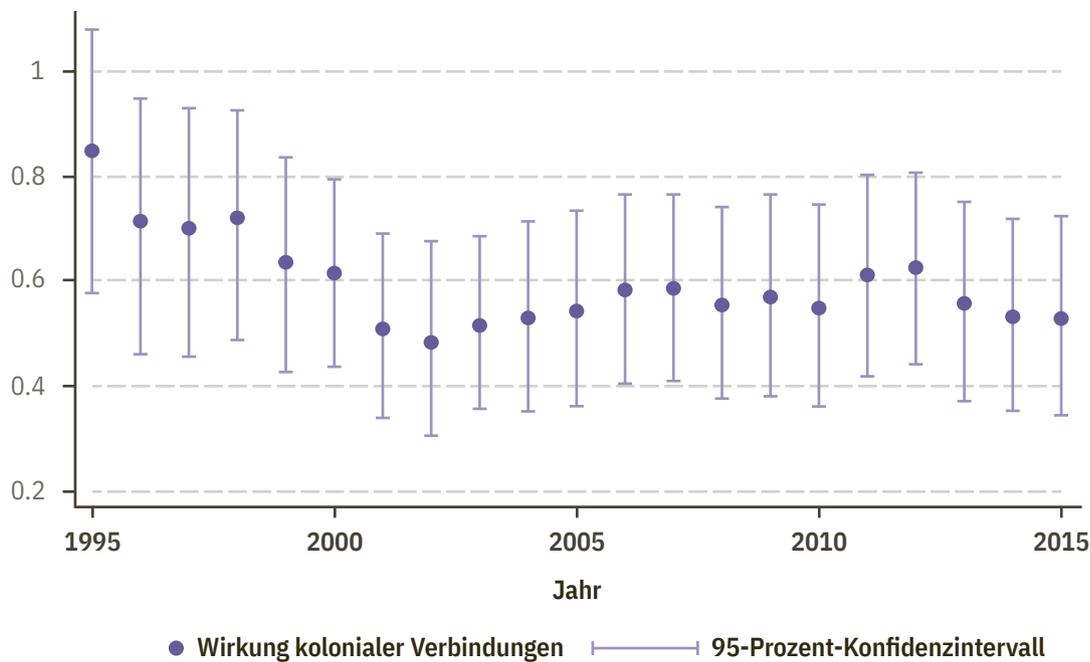
Eiserner Vorhang noch sichtbar

Gemessen an den Handelsströmen ist der Eisernen Vorhang immer noch präsent. Das zeigt unsere Studie². Länder, die auf unterschiedlichen Seiten des Eisernen Vorhangs lagen, handeln auch heute – über 30 Jahre später – noch fast 50 Prozent weniger miteinander als Länder, die vor dem Mauerfall 1989 auf der gleichen Seite dieser geopolitischen Barriere lagen (siehe Abbildung 1).

Umgekehrt ist das Handelsvolumen von Ländern, die eine historische koloniale Verbindung hatten

1 Siehe z. B. Eaton und Kortum (2002), Anderson und van Wincoop (2003), Arkolakis et al. (2012).

2 Siehe Egger et al (2023).

Abb. 2: Koloniale Geschichte: Wer länger verbunden ist, handelt mehr (1995–2015)

Die Abbildung zeigt, wie viel mehr (in Prozent des Handelsvolumens) diejenigen Länder handeln, die eine gemeinsame koloniale Verbindung in der Vergangenheit hatten.

Quelle: Egger et al. (2023) / Die Volkswirtschaft

wie etwa Länder im britischen Commonwealth, heute rund 70 Prozent höher als zwischen Ländern, die keine gemeinsame koloniale Geschichte haben (siehe Abbildung 2).

Die Wirkungen von Grenzen und Geschichte können also potenziell tiefgreifende Folgen haben. Kurz gesagt: Je später ein Handelsabkommen abgeschlossen wird, desto geringer sind die erwarteten Handelsvorteile bei ansonsten gleichen Bedingungen. Die Grundidee ist einfach: Wenn sich Länder im Laufe der Zeit schrittweise für den Handel öffnen, müssen Unternehmen, die beginnen, in ausländische Märkte zu exportieren, mit bereits etablierten Unternehmen aus dem Zielmarkt und möglicherweise aus Drittländern konkurrieren. Ausserdem müssen sie ihre Marke zuerst etablieren und viel Zeit und Geld in den Aufbau einer Distributionsinfrastruktur investieren.³ Wie wirkungsmächtig diese Verzögerung ist, zeigen unsere Resultate.

Reduzieren sie den Handel, etwa weil sie die Produktion in den Heimmarkt zurückverlagern wollen, zerstören sie diese Vorabinvestitionen. Dies ist umso kostspieliger, je wichtiger die ausländischen Märkte für den Gesamtabsatz eines Landes sind.

Wer zu spät kommt...

Handel ist ein wichtiger Motor für langfristiges Wachstum und Wohlstand. Er ermöglicht es den Ländern, die Vorteile der Spezialisierung und der Ertragssteigerung zu nutzen, und den produktivsten Unternehmen, die globalen Märkte zu erreichen. Unsere Studie zeigt aber darüber hinaus, dass sich eine frühe Liberalisierung lohnen kann. Wer früh handelt, der kann die Handelsgewinne voll ausnutzen.

Natürlich ist es aufwendig und zeitintensiv, in einen ausländischen Markt einzutreten. Wer die-

³ Ausserdem gleichen sich die technischen Vorschriften tendenziell zwischen Ländern an, je länger sie miteinander handeln. Dies senkt die Eintrittsbarrieren und fördert das Handelsvolumen zusätzlich. Bei einer Reduktion der Handelsbeziehungen sind diese Standards nicht verloren, sie werden mit der Zeit allerdings obsolet.

sen Schritt aber früh macht, der hat einen Startvorteil. Das Diktum «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben» gilt also auch im Aussenhandel. Im Umkehrschluss zeigt unsere Analyse ein zusätzliches Risiko eines vollen «Reshoring», also einer Rückverlagerung der Produktion, auf. Denn bei einer Rückverlagerung der Produktion ins Heimatland werden existierende Netzwerke und Wissen über Handelspartner zerstört, wodurch zukünftig der Zugang zu ausländischen Märkten erschwert wird.

Literatur

- Anderson, J. E. und van Wincoop, E. (2003). Gravity with Gravitas: A Solution to the Border Puzzle. In: *American Economic Review*, 93(1):170–192.
- Arkolakis, C., Costinot, A. und Rodríguez-Clare, A. (2012). New Trade Models, Same Old Gains? In: *American Economic Review*, 102(1):94–130.
- Eaton, J. und Kortum, S. (2002). Technology, Geography, and Trade. In: *Econometrica*, 70(5):1741–1779.
- Egger, P., Foellmi, R., Schetter, U. und Torun, D. (2023). Gravity with History: On Incumbency Effects in International Trade. CEPR Discussion Paper, Nr. 18421.



Reto Föllmi

Professor für Volkswirtschaftslehre und Direktor, Schweizerisches Institut für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung (SIAW-HSG), Universität St. Gallen



David Torun

Dr. oec., Postdoktorand und Dozent für Wirtschaftswissenschaften, University of California, San Diego

Handelsabkommen sind ausgefeilte Partnerschaftsverträge

Die Schweiz hat schon 35 sogenannte Freihandelsabkommen abgeschlossen. Eines davon mit der Europäischen Union 1973 und jüngst jenes mit Indien. Was steht in solchen tausend Seiten dicken Abkommen drin?

Simon Wüthrich-Bovet, Efta

Stellen Sie sich vor, Sie sind frisch in ein Wohnquartier gezogen und möchten nachbarschaftliche Beziehungen aufbauen. Ihr Nachbar steckt seine überschüssige Energie ins Rasenmähen und bietet an, auch Ihre Grünfläche auf Wimbledon-Niveau zu bringen. Vom Birnenbaum in Ihrem Garten ernten Sie mehr Früchte, als Sie je essen werden, und bieten sie Ihrem Rasen mähenden Nachbarn als Gegenleistung an. Im Nu sind Sie sich einig.

Ganz ähnlich ist es bei Handelsabkommen. Ausser, dass die Protagonisten Staaten sind. Auch müssen es nicht unbedingt Nachbarländer und nur deren zwei sein. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz haben im März 2024 genau ein solches Handelsabkommen mit Indien unterzeichnet.

Sensible Bereiche ausgeklammert

Zurück zum Beispiel mit dem Rasen: Da Sie die Abmachung nur mit Ihrem Nachbarn getroffen haben und alle anderen Anwohner ausgeschlossen bleiben, handelt es sich um einen Vertrag zu Vorzugsbedingungen. Ebenso verfahren Staaten: Mittels sogenannter präferenzialer Handelsabkommen verbessern sie mit ausgewählten Partnern gegenseitigen Marktzugang und die Rechtssicherheit für Wirt-

schaftsakteure aus dem Partnerstaat. Dies zusätzlich zu den Grundnormen der Welthandelsorganisation (WTO), welche die globalen Spielregeln für den Handel aufstellt und über deren Einhaltung wacht.

Obwohl Staaten gemäss den WTO-Regeln in präferenzialen Handelsabkommen eine umfassende Liberalisierung anstreben müssen, bleibt Raum, um sensible Bereiche zu schützen. Denken Sie etwa an die Tulpen, die ihr Nachbar verschonen soll. Anders als der gängige Begriff Freihandelsabkommen suggeriert, wird somit nicht automatisch eine komplette Marktöffnung angestrebt. Die Landwirtschaft ist häufig so ein schützenswerter Bereich. Indien und die Efta-Staaten haben hier Rücksicht auf ihre gegenseitigen Sensibilitäten genommen und die Zölle für landwirtschaftliche Produkte nur teilweise reduziert oder eliminiert. Auch länderspezifische Normen – beispielsweise Lebensmittelstandards – werden respektiert.

Eine Spaghettischüssel

Ein Handelsabkommen ist also ein ausgefeilter Partnerschaftsvertrag. Er bestimmt die Bedingungen für den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr und dient als Nachschlagewerk. So lassen sich im Vertrag beispielsweise die Zoll erleichterungen für ein spezifisches Produkt in Er-

fahrung bringen – Rasenmäher etwa haben in der Schweiz die unverkennbare achtstellige Zollnummer 8433.1100.

Nun gibt es nicht nur einen Vertrag, sondern fast 370 Abkommen, die zwischen unterschiedlichen Ländern in diversen Konstellationen abgeschlossen wurden – bi- oder plurilateral, regional oder interkontinental. Dass daraus ein komplexes Regelgeflecht resultiert, ist nicht verwunderlich. Der Ökonom Jagdish Bhagwati hat hierfür den Begriff «Spaghetti Bowl Effect» geprägt.

Ein Grund für den Spaghettischüssel-Effekt ist, dass der Weg über multilaterale Handelsabkommen im Rahmen der WTO seit Längerem blockiert ist. Deswegen weichen viele Staaten auf präferenzielle Handelsabkommen aus. Und weil sie nicht mehr auf aktualisierten multilateralen Verträgen aufbauen können und die Handelsflüsse immer komplexer werden, müssen die Staaten zunehmend im kleinen Kreis Regeln aufstellen.

Handelsabkommen im Schnelldurchlauf

Deshalb sind die Handelsabkommen über die Jahre immer dicker geworden. Allein die Schweizer Anhänge mit Zugeständnissen für den Waren- und Dienstleistungshandel umfassen im Abkommen mit Indien rund 180 Seiten.

Auch die Themenpalette ist bunt. In Abkommen festgelegt sind beispielsweise sogenannte Ursprungsregeln: Diese bestimmen, in welchen Fällen ein Produkt aus einem Partnerstaat stammt – etwa weil ein Grossteil der Vorproduktion dort stattgefunden hat – und somit von Zollpräferenzen profitieren kann. Ebenfalls regelt ein Handelsabkommen technische, sanitäre und pflanzenschutzrechtliche Massnahmen. Dies mit dem Ziel, unnötige und willkürliche Erschwernisse des Handels zu vermeiden und den Gesundheitsschutz und die Produktsicherheit zu gewährleisten. Ein wichtiges Thema ist auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen, um diese zu fördern. Erreicht wird dies meist durch Gleichbehandlung zwischen ausländischen und inländischen Investoren, beispielsweise bei der Übernahme einer Firma oder der Gründung einer Tochtergesellschaft.

Geregelt wird oft auch das öffentliche Beschaffungswesen: Ausschreibungen der öffentlichen Hand sollen transparent sein, und die Anbieter aus den Partnerländern sollen sich daran beteiligen dürfen.

Gerade Schweizer Exportfirmen sind zudem daran interessiert, dass ihre Innovationen und Testdaten nicht kopiert werden. Deshalb streben Staaten in den Verhandlungen einen erhöhten Rechtsschutz für diverse Rechte für geistiges Eigentum an. Darunter fallen unter anderem Patente, Geschäftsgeheimnisse, das Urheberrecht, der Schutz der Marke Schweiz («Swissness») sowie geografische Herkunftsangaben. Letztere decken ein breites Spektrum ab – vom Gruyère-Käse bis hin zur freiburgischen Birnensorte Poire à Botzi, womit wir wieder bei Ihrem Garten wären. Die Themenpalette in Handelsabkommen wird durch neuere Bereiche ergänzt, die auch in Schweizer Abkommen enthalten sind. Zum Beispiel zur nachhaltigen Entwicklung oder für KMU (siehe Kasten auf S. 39).

Mehrdimensional denken

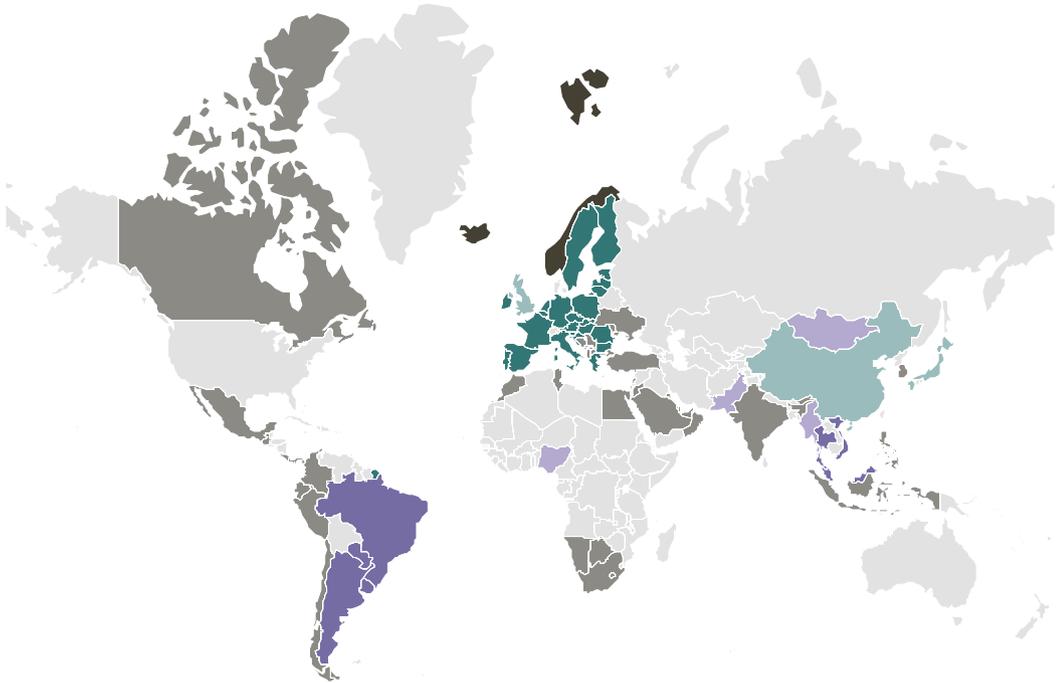
Staaten besiegeln Handelsabkommen durch internationale Unterzeichnungs- und interne Genehmigungsprozedere. Nachdem Indien und die Efta die Verhandlungen abgeschlossen hatten, wurde das Abkommen juristisch bereinigt und auf Ministerstufe unterzeichnet. Das Abkommen kann in Kraft treten, nachdem die aktuell laufenden internen Genehmigungsprozedere in allen Vertragsparteien abgeschlossen sind. In der Schweiz kommen für die Genehmigung die eidgenössischen Räte zum Zug, optional das Schweizer Stimmvolk, sollte das fakultative Referendum ergriffen werden.

Davor wird intensiv und thematisch vielfältig verhandelt. Beim Abkommen Efta – Indien etwa in elf Expertengruppen von A wie Arbeitsfragen bis Z wie Zölle. Die Gespräche sind in Runden und Zwischenrunden aufgeteilt. Chefunterhändler und Chefunterhändlerinnen sind die Taktgeber für die Gespräche und nehmen sich in kritischen Phasen direkt der Knacknüsse an, teils auch unter Involvierung ranghöherer Personen bis auf Ministerstufe. Je nach Verhandlungsstand und Bedarf an informellen Gesprächen finden die Treffen virtuell oder persönlich statt.



Immer mehr bilaterale und plurilaterale Handelsabkommen führen dazu, dass dieses Regelgeflecht einer «Spaghettischüssel» gleicht. Der Begriff stammt vom Ökonomen Jagdish Bhagwati.

Das Handelsnetz der Schweiz ist dicht (Stand: August 2024)



- Efta-Partner
- Bilaterale Verträge und Freihandelsabkommen mit der EU
- Abkommen bilateral
- Laufende Verhandlungen
- Abkommen gemeinsam mit der Efta
- Zusammenarbeitserklärung

In Verhandlung: Kosovo, Malaysia, Mercosur, Vietnam, Thailand. Zusammenarbeitserklärung mit Mauritius, Mongolei, Myanmar, Nigeria und Pakistan.

Quelle: Seco, Darstellung des Autors / Die Volkswirtschaft

Die Verhandlungsmaschinerie muss nicht nur gut geölt, sondern auch politisch fein kalibriert sein: Zeitfenster für einen Abschluss können sich wegen nationaler Wahlen zügig öffnen und wieder schliessen, wie dies bei Indien der Fall war, wo kurzfristig die Parlamentswahlen 2024 anberaumt wurden.

Die Teams müssen zudem mehrdimensional denken: Während sie am Verhandlungstisch mit dem Partnerstaat verhandeln, müssen sie stets das innenpolitische Mandat und die Anspruchsgruppen im Hinterkopf behalten. Bei der Schweiz kommt hinzu, dass sie meist nicht allein verhandelt, sondern im Rahmen der Efta. Entsprechend muss

die Position der Schweiz immer auch mit allen anderen Efta-Staaten abgestimmt werden.

Efta: Klein, aber fein

Doch wieso verhandelt die Schweiz ihre Handelsabkommen eigentlich als Mitglied der Efta? Die Efta wurde 1960 von sieben Mitgliedsstaaten gegründet. Neben der Schweiz waren das Dänemark, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und das Vereinigte Königreich. Das Ziel der Efta war es, den Handel zwischen den Mitglieds-

staaten zu liberalisieren und eine Integrationsbrücke zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), dem Vorläufer der EU, zu schlagen.

War der Fokus der Efta ursprünglich auf Europa gerichtet, begann sie sich in den 1990er-Jahren gegenüber Partnern weltweit zu öffnen. Nachdem die Schweiz als einziges der verbleibenden Efta-Mitglieder – Island, Liechtenstein und Norwegen – nicht dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beigetreten war, akzentuierte sich dieser Fokus.

Heute verfügt die Schweiz über ein dichtes Netzwerk von 35 unterzeichneten Handelsabkommen mit 45 Partnern ausserhalb der EU und der Efta (siehe Abbildung). Das Gros davon hat sie im Rahmen der Efta verhandelt. Die vier agilen und offenen Efta-

Volkswirtschaften schaffen es, Abkommen weltweit abzuschliessen, damit Türen für strategische Partnerschaften zu öffnen und ihre Unternehmen international zu positionieren. Vorteile gemeinsamer Verhandlungen sind die erhöhte Marktgrösse, die grössere Verhandlungsmasse sowie die geteilten Ressourcen und Expertisen.

Der Mehrwert von Handelsabkommen sollte nicht unterschätzt werden, gerade in Zeiten, in denen Grosstaaten stärker auf den eigenen Garten schauen, diesen industriepolitisch gestalten und protektionistisch abschotten. Doch auch die Schweiz muss im Rahmen ihrer liberalen Aussenwirtschaftspolitik überlegen, wie sie ihr Handelsnetz ausbauen, ihre Wirtschaft wettbewerbsfähig und den Garten grün halten kann.

Nachhaltigkeit, KMU und digitaler Handel

Nachhaltigkeitsbestimmungen sollen sicherstellen, dass Verpflichtungen aus internationalen Umwelt- und Arbeitsübereinkommen – etwa das Pariser Klimaabkommen – gewährleistet sind und dass sich die Staaten für nachhaltige Handels- und Investitionsflüsse engagieren. Im Abkommen mit Indonesien konnte so beispielsweise ausgehandelt werden, dass Palmöl oder Palmkernöl nur dann in die Schweiz zu Präferenz-Zollansätzen importiert werden kann, wenn ein Nachhaltigkeitsnachweis erbracht wird. Eine Premiere für die Schweiz.

Zudem sollen die digitalen Rahmenbedingungen für den Handel gestärkt werden. Beispielsweise durch die papierlose Zollabwicklung sowie die Förderung elektronischer Zahl- und Rechnungssysteme.

Für KMU gibt es meist gezielte Massnahmen, um ihnen die Nutzung von Handelsabkommen zu erleichtern. Das geschieht beispielsweise über die Verpflichtung, handelsrelevante Informationen online gebündelt zur Verfügung zu stellen, sowie durch Kooperationsbestimmungen.

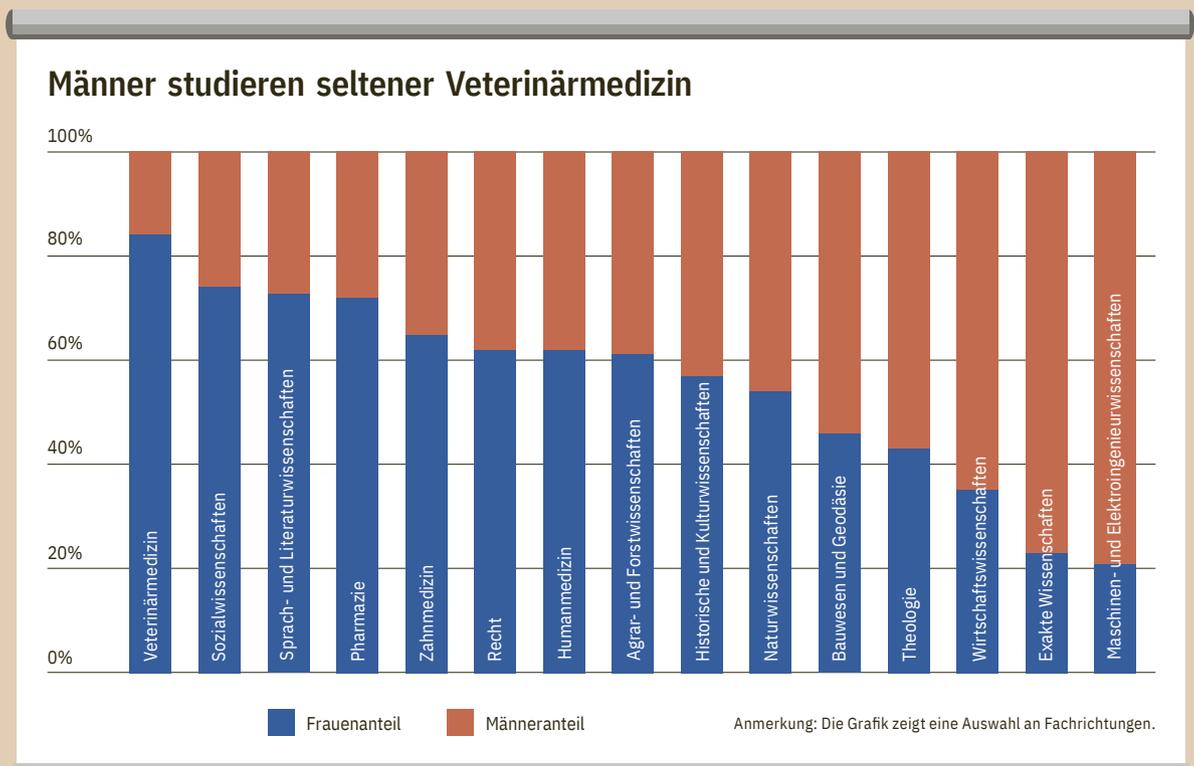


Simon Wüthrich-Bovet

Dr. rer. soc., Senior Officer, Handelsabteilung, Europäische Freihandelsassoziation (Efta), Genf

Studienwahl: Geisteswissenschaften schwächeln

Zur Jahrtausendwende studierten rund 20 Prozent aller Studierenden an Schweizer Universitäten im Hauptfach Geisteswissenschaften oder Geistes- und Sozialwissenschaften übergreifend.¹ Heute sind es 11 Prozent. Dafür begeistern sich Studierende vermehrt für exakte Wissenschaften: Zu den grossen Gewinnern zählt insbesondere die Informatik.

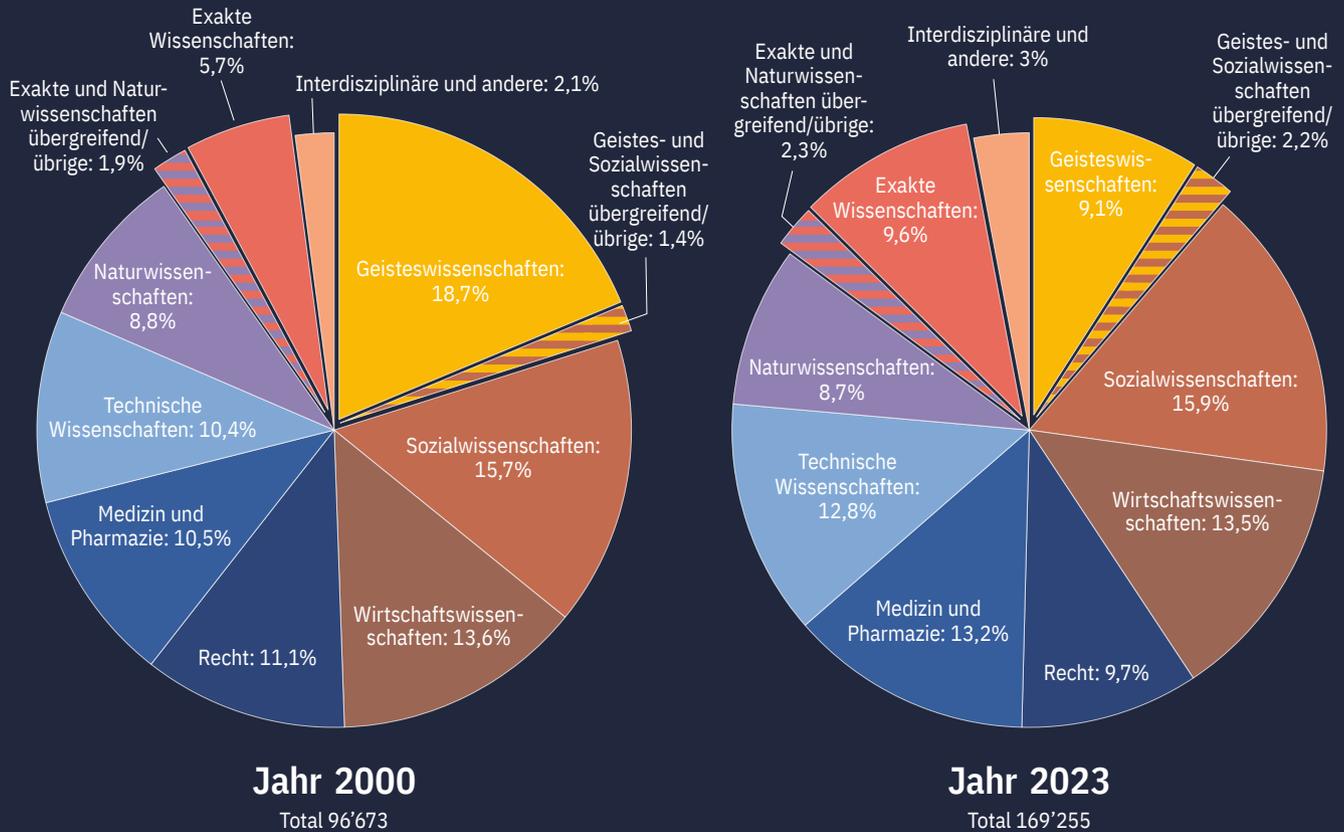


Immer mehr Studierende

Im Studienjahr 2023/24 waren 169'255 Studierende an den Universitäten und universitären Hochschulen in der Schweiz eingeschrieben. Das sind rund 75 Prozent mehr als 2000/01. Davon sind 52 Prozent weiblich (2000/01: 45,6 Prozent).

¹ Universitäten Basel, Bern, Freiburg, Genf, Lausanne, Luzern, Neuenburg, St. Gallen, Zürich, Universität der italienischen Schweiz, Fernstudien Schweiz, IHEID Genf, ETH Lausanne, ETH Zürich. Zu den übergreifenden Geistes- und Sozialwissenschaften gehört zum Beispiel die Lehrkräfteausbildung.

Exakte Wissenschaften boomen



Auffallend ist, dass sich weiterhin viele Frauen für Geisteswissenschaften interessieren. Hoch im Kurs stehen bei ihnen Sprache und Literatur, mit fast drei Vierteln weiblichen Studierenden. Noch mehr Frauen finden sich nur unter den zukünftigen Veterinären (84 Prozent).

Frauen schreiben sich aber auch vermehrt in männlich dominierte Studiengänge ein: Ihr Anteil beispielsweise unter den Maschinen- und Elektroingenieuren ist inzwischen von 9 auf 21 Prozent gestiegen. Bei den exakten Wissenschaften liegt der Frauenanteil bei 23 Prozent.



Bildungsforscherin Beatrix
Eugster: «Wir sind uns einig:
Eine gute Bildung ist wichtig».



Schulische Inklusion: Ja oder nein?



Beatrix Eugster ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen

Frau Eugster, wie kommt es, dass Sie sich als Ökonomin mit schulischer Inklusion beschäftigen – also der Absicht, allen Schülerinnen und Schülern eine gleichberechtigte Teilnahme in der Schule zu ermöglichen?

Mich interessieren Fragen der Bildungs-, der Arbeits- und der Gesundheitsökonomie. Die schulische Inklusion befindet sich genau an der Schnittstelle dieser drei Bereiche.

Weshalb ist Inklusion zu einem der wichtigsten Themen in der Bildungspolitik geworden?

Bildung betrifft jeden und jede. Wir alle haben früher die Schulbank gedrückt, und viele haben heute Kinder im Schulalter. Zudem profitieren wir in vielerlei Hinsicht davon, wenn die Bevölkerung als gut ausgebildete Fachkräfte in den Arbeitsmarkt kommt. Wir sind uns also einig: Eine gute Bildung ist wichtig.

Allerdings geht die Meinung darüber, was gute Bildung ist, stark auseinander.

Richtig. Seit dem sogenannten Salamanca Statement der Unesco im Jahr 1994 bemühen sich viele Staaten um die Einführung eines inklusiveren Schulsystems. Diese Reformen haben zu vielen Reaktionen seitens der Eltern und der Lehrer geführt, welche auch immer wieder von der Presse aufgenommen werden.

Wie ist die Situation in der Schweiz?

Die Schweiz ist kein Musterknabe, was schulische Inklusion angeht. Kinder mit stärkeren Beeinträchtigungen wie etwa geistigen oder körperlichen Behinderungen werden immer noch häufig separiert unterrichtet. Innerhalb der regulären Klassen hat rund ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler sogenannte Special Needs – also besondere Bildungsbedürfnisse. Davon haben 18 Prozent eine Lernschwäche, und rund 6 Prozent weisen Verhaltensauffälligkeiten auf. Auch leichte Einschränkungen wie logopädische Probleme oder Lernschwierigkeiten werden hier mitgezählt.

Sie haben untersucht, ob es negative externe Effekte gibt, wenn der Unterricht von Schülern mit besonderen Bedürfnissen in regulären Klassenzimmern stattfindet.

Ja, wir haben dies im Kanton St. Gallen in Oberstufenklassen untersucht. Unsere Resultate zeigen, dass es tatsächlich negative Peer-Effekte gibt. Allerdings: Diese treten erst ein, wenn mehr als 15 bis 20 Prozent der Kinder mit Special Needs in einer Klasse sind. Und: Am stärksten negativ betroffen sind diejenigen Kinder, welche selbst am unteren Ende des Leistungsspektrums sind. Die Leistungsträger in den Klassen sind davon kaum negativ betroffen.

Sie haben gesagt, in regulären Klassen habe rund ein Viertel der Schüler Special Needs, also deutlich mehr als der Schwellenwert von 15 bis 20 Prozent. Was empfehlen Sie der Politik?

Kinder sollten auf keinen Fall segregiert werden. Denn dies würde zu Klassen führen, wo hauptsächlich Kinder mit Special Needs und schwachen Schulleistungen unter sich sind. Genau das Szenario also, welches zu starken negativen Peer-Effekten führt.

Interview: «Die Volkswirtschaft»

160 Jahre SJES: Die Schweizer Wirtschaftswissenschaft im Wandel der Zeit

Seit 1864 veröffentlicht das «Swiss Journal of Economics and Statistics» methodisch fundierte Studien zu Wirtschaftsthemen. Ein Rückblick voller Highlights und Kuriositäten.

Marius Brühlhart, Kateryna Dashevskya, Universität Lausanne

Auf Initiative eines Astronomen und unter der Leitung eines Pfarrers gründete eine Gruppe fortschrittlich gesinnter Männer am 19. Juli 1864 in Bern die «Schweizerische Statistische Gesellschaft».¹ Diese wissenschaftlichen Vorreiter nahmen sich vor, «die Verhältnisse des Volkes und Landes zu eruieren, um Grundlagen für zweckmässiges Handeln zu legen, ohne selbst praktische Wohlfahrtspolitik zu treiben».² In den darauf folgenden 160 Jahren hat sich die Organisation ziemlich stetig vergrössert und sich zunehmend auf wirtschaftliche Themen konzentriert.³ So entstand die heutige «Schweizerische Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik», der bis heute wichtigste Zusammenschluss wissenschaftlich ausgerichteter Ökonomeninnen und Ökonomen im Land.

Seit ihrem Gründungsjahr veröffentlicht die Gesellschaft eine Fachzeitschrift – das heutige «Swiss Journal of Economics and Statistics» (siehe Kasten auf S. 47). Dank ihrer langen Geschichte bietet uns die Zeitschrift einen einzigartigen Einblick in 160 Jahre Volkswirtschaftslehre in der Schweiz.⁴

Pareto, der intellektuelle Pionier

Besondere Perlen aus dem Archiv der Zeitschrift sind zwei Beiträge von Vilfredo Pareto (1848–1923), dem wohl einflussreichsten in der Schweiz tätigen

Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler aller Zeiten. In einem 1898 veröffentlichten Artikel leitet er Berechnungsformeln und dazugehörige Tabellen ab für die Schätzung von Polynomgleichungen mittels der Methode der kleinsten Quadrate.⁵ Was heute jede Einführung in die Ökonometrie abdeckt und der Computer innert Millisekunden rechnet, war anno dazumal eine ungeheure Denk- und Fleissleistung.

Im Folgejahr 1899 wartete Pareto mit einem etwas angewandteren Beitrag auf. Eine genossenschaftlich organisierte Lebensversicherung, die Waadtländer Fraternité, hatte ihn in einer finanziellen Schiefelage um Rat gebeten. Die Versicherung erhob bis dahin von allen Versicherten eine einheitliche Prämie und richtete fixe Versicherungsleistungen aus – unabhängig davon, wie lange man bereits versichert war. Dadurch hatten die Leute einen Anreiz, mit dem Beitritt möglichst lange zuzuwarten, und brachten so das Geschäftsmodell der Versicherung in die erwähnte Schiefelage.

In seiner mit detaillierten Berechnungen unterlegten Analyse entwickelte Pareto – ohne es so zu nennen – das «aktuarische Äquivalenzprinzip». Konkret zeigte er auf, dass die Beiträge mit dem Alter des Eintritts in die Versicherung ansteigen sollten, da auch das Sterberisiko mit dem Alter ansteigt.⁶ Pareto hatte somit einen Teil des Problems der adversen Selektion erkannt – ein heute ebenfalls geläufiges Konzept der Mikroökonomie, gemäss wel-

1 Siehe Bächtold (1914), S. 249.

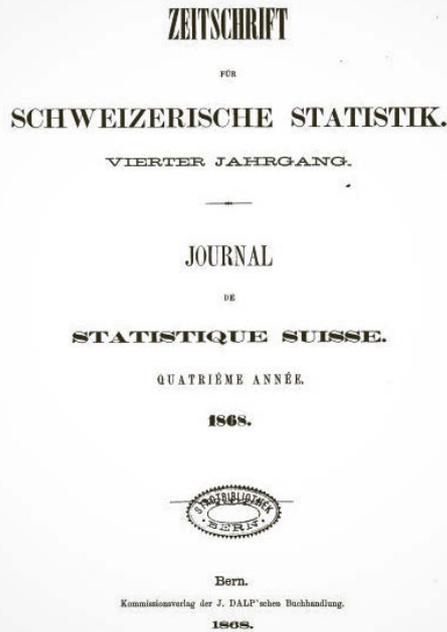
2 Siehe Bächtold (1914), S. 250.

3 Siehe Scheurer (1964).

4 Das Archiv der Zeitschrift ist nahezu vollständig digitalisiert auf SGVS.ch/journal.

5 Siehe Pareto (1898).

6 Siehe Pareto (1898).



Auch zwei Beiträge von Vilfredo Pareto (1848–1923), dem wohl einflussreichsten in der Schweiz tätigen Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, sind im Journal nachzulesen.

chem nur die «schlechten Risiken» eine Versicherung abschliessen, wenn die Prämien nicht risikogerecht angesetzt werden können.

Ökonomischer Humanismus

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewannen wirtschaftspolitische Beiträge gegenüber methodisch-statistischen Analysen an Bedeutung. So redigierte der deutsche Finanzwissenschaftler Fritz Neumark 1937 eine wohlwollende Rezension zu John Maynard Keynes' «General Theory» und machte damit Keynes' Theorie der «konjunkturbindenden Finanzpolitik» auch hierzulande bekannt.⁷ Was damals insbesondere für eine deutschsprachige Leserschaft revolutionär daherkam, ist heute so unbestritten, dass sogar die Schweizer Schuldenbremse einen Konjunkturfaktor vorsieht.

Zur illustren Autorenschaft zählte ebenso der deutsche Ökonom Wilhelm Röpke (1899–1966), der als geistiger Vater der sozialen Marktwirtschaft gilt. Bereits 1941, mitten im Zweiten Weltkrieg, beschrieb er seine Ideen für einen künftigen «ökonomischen

Humanismus», einen sogenannten dritten Weg zwischen Kollektivismus und ungezügelter Liberalismus. Röpke anerkannte eine Rolle für staatliche Umverteilung und «Monopolbekämpfung», warnte aber auch, dass es «für jeden Interventionismus einen Rubikon gibt», der nicht überschritten werden dürfe.⁸

Spätere Pioniere

Auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stechen mehrere richtungsweisende Beiträge heraus. So skizzierte der Schweizer Ökonom Hans Christoph Binswanger zum Beispiel 1972, also bereits vor dem ersten Ölpreisschock von 1973, die Umriss einer ökologischen Wirtschaftstheorie. Diese bezieht den «Verbrauch von natürlichen Ressourcen» explizit ins Optimierungskalkül mit ein.⁹

Der Tessiner Ökonometriker Pietro Balestra publizierte in den frühen 1990er-Jahren ein Plädoyer für die Analyse von Paneldaten und für strukturelle, das heisst formell an ein theoretisches Wirtschafts-

⁷ Siehe Neumark (1937).

⁸ Siehe Röpke (1941), S. 110.

⁹ Siehe Binswanger (1972).

modell gebundene statistische Schätzungen. Dies waren dann auch zwei der wichtigsten empirischen Forschungsansätze im frühen 21. Jahrhundert, welche etwa Fortschritte auf dem Gebiet der empirischen Arbeitsmarktforschung und der Wirtschaftsgeografie ermöglichten.¹⁰

Eine Erwähnung verdient auch der Artikel der Ökonomen Ernst Baltensperger und Thomas Jordan aus dem Jahr 1997. Die Autoren unterscheiden darin verschiedene Arten von Geldschöpfungsgewinnen («Seignorage»), die in der einschlägigen Literatur zu gewissen Begriffsverwirrungen geführt hatten. Hervorzuheben ist der Artikel nicht bloss aufgrund seiner prominenten Autoren, sondern auch als frühes Beispiel des «angelsächsischen Stils»: Der Beitrag ist auf Englisch verfasst und zeichnet sich durch eine algebraische und somit komplett eindeutige Analyse aus. Dieser heute geläufige Stil hebt sich ab von vielen wortreichen, weniger präzisen, aber dafür umso meinungsstärkeren Beiträgen, welche die Zeitschrift jahrzehntelang geprägt hatten. Die Zeitschrift hat damit sozusagen zur formalen mathematisch-statistischen Disziplin Vilfredo Paretos zurückgefunden.

Ein paar «Dilettanten»

Auch in der Geschichte einer wissenschaftlichen Publikation wechseln sich Licht und Schatten ab. Bereits in seinem Rückblick auf die ersten 50 Jahre der Zeitschrift meinte ein angesehener Basler Wirtschaftshistoriker im Jahr 1914, «manchmal [sei] der Dilettantismus mit Händen zu greifen» und man begegne in der Zeitschrift Autoren, «die eigentlich selbst ihre Disqualifikation eingestehen».¹¹

Trotz der eigentlichen Bestimmung als statistisch-wissenschaftliche Plattform sind die Annalen der Zeitschrift gespickt mit abenteuerlichen Theorien, die bisweilen mit äusserst selbstbewusster Tonalität vorgebracht werden. So dokumentierte etwa der Genfer Mediziner Pierre-Louis Dunant, der Bruder des Rotkreuz-Gründers Henry Dunant, in einer der ersten Ausgaben, dass Deutschfreiburger Rekruten im Durchschnitt 1,62 Meter massen, ihre (französischsprachigen) Greyerzer Kantonsgenossen im selben Alter jedoch 1,65 Meter.¹² Diesen Unterschied erklärte er mit Rasseneigenschaften: Deutschfreiburger seien Alemannen, Welschfreiburger seien

Burgunder. Wieso Erstere kleinwüchsiger sein sollten als Letztere, erklärte er nicht. Und die Frage, ob der gemessene Unterschied überhaupt statistisch signifikant war, stellte er sich auch nicht.

Auch aus dem 20. Jahrhundert findet man Kurioses. So behauptete der deutsche Soziologe Franz Oppenheimer im Jahr 1937 in einer Diskussion über die «General Theory» von Keynes, die Ideen selbst schon lange vorher entwickelt zu haben. Er nennt sich «der Referent, der seit fast einem halben Jahrhundert im gleichen Kampfe steht», um gleichzeitig die «mathematischen Wirtschaftslehren» als «blosses Gebräu» zu bezeichnen.¹³

Falsche Prognosen

Im Nachhinein kann man sich natürlich auch über Fehlprognosen mokieren. So warnte der Genfer Ökonom und Diplomat William Rappard im Jahr 1952 vor einer Anbindung der Schweiz an die damals entstehende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Er schrieb, es schein «sicher», dass eine solche Gemeinschaft auch künftig «maximal die sechs Unterzeichner-Staaten des Schumann-Plans umfassen» werde.¹⁴

Pikant vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen um ungenaue Behördenzahlen ist auch ein 1988 veröffentlichter Beitrag aus dem Bundesamt für Statistik.¹⁵ Darin wurde ein Maximalszenario zur Zuwanderung berechnet. Die Studie kommt zum Schluss, dass die Schweizer Bevölkerung bis im Jahr 2025 auf maximal 7,75 Millionen anwachsen wird. Heute weiss man, dass es rund 9,1 Millionen sind. Die Schweizer Bevölkerung wuchs also ungefähr doppelt so stark, wie es die Statistiker vor weniger als 40 Jahren für möglich gehalten hatten.

Lange kaum Ökonominen

Was bei der Durchsicht beinahe aller Archivausgaben auffällt, ist eine extreme Männerdominanz, sowohl hinsichtlich der Autoren als auch inhaltlich. Noch Anfang der 1980er-Jahre waren 96 Prozent der Mitglieder der herausgebenden Gesellschaft männlichen Geschlechts.¹⁶ In den ersten 150 Jahren der Zeitschrift hatten 97 Prozent aller Beiträge eine rein

10 Den dritten dominanten Ansatz, die quasiexperimentelle Schätzung von kausalen Wirkungszusammenhängen, hatte Balestra allerdings nicht vorausgesehen.

11 Siehe Bächtold (1914), S. 264.

12 Siehe Dunant (1868).

13 Siehe Oppenheimer (1937), S. 428, 429.

14 Siehe Rappard (1952), S. 308; d. h. Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien und Luxemburg.

15 Siehe Haug (1988).

16 Siehe Frey et al. (1982).

17 Siehe historische Herausgeber-Liste auf Wikipedia.

18 Siehe SJES.springeropen.com/.

männliche Autorenschaft. Aber die Zeiten ändern sich: In den letzten zehn Jahren kam bereits jeder dritte Artikel mit weiblicher Beteiligung zustande. Und 2022 wurde das Journal mit der in Basel lehrenden Ökonomin Sarah Lein zum ersten Mal von einer Frau geleitet.¹⁷

Die Schweizer VWL-Community hat mit ihrer Zeitschrift nicht nur einen reichen Schatz an Archivmaterial, sondern auch eine lebendige, sich stetig entwickelnde und weltweit sichtbare Plattform für wissenschaftlichen Austausch.¹⁸ Denn dank dem «Diamond Open Access»-Status dieses Journals können die Artikel von allen Interessierten weltweit umsonst gelesen werden, und auch für die Autoren fallen keine Kosten an. Auf die nächsten 160 Jahre!



Für Literaturverzeichnis
siehe Onlineartikel

Das «Swiss Journal of Economics and Statistics»

Seit 1864 gibt die «Schweizerische Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik» (SGVS) eine Zeitschrift heraus. Aus der ursprünglichen «Zeitschrift für Schweizerische Statistik» wurde 1945 die «Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik». Seit 2007 erscheint das heutige «Swiss Journal of Economics and Statistics» (SJES) vollständig in englischer Sprache, als eine akademische Publikation mit Peer-Review und internationalem Renommee. Die Artikel werden online auf der Plattform von Springer-Nature lose über das Jahr publiziert. Einreichungen stehen allen Autoren und Autorinnen von wirtschaftswissenschaftlichen Beiträgen offen. Obwohl ein Grossteil der veröffentlichten Artikel einen Bezug zur Schweiz aufweist, ist ein solcher nicht Bedingung. Für eine erfolgreiche Einreichung relevant sind einzig die methodische Qualität



und das inhaltliche Interesse der Arbeit. Gemäss der umfassenden Klassierung von Ideas/Repec rangiert das SJES in den Top-10-Prozent der weltweiten VWL-Journals.^a Finanziert wird das SJES durch die SGVS mit Unterstützung der Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW).

^a Siehe «Ideas/Repec Simple Impact Factors (Last 10 Years) for Journals» auf [Ideas.repec.org](https://ideas.repec.org).



Marius Brühlhart

Herausgeber des «Swiss Journal of Economics and Statistics», Professor für Volkswirtschaft, Faculté des Hautes Etudes Commerciales (HEC), Universität Lausanne



Kateryna Dashevskya

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Faculté des Hautes Etudes Commerciales (HEC), Universität Lausanne

«Grüne» Rohstoffe für das Netto-null-Ziel

Nachhaltige Technologien brauchen Rohstoffe. Diese stammen zum Grossteil aus Lateinamerika. Für die Region ist das eine Chance – solange die Länder nicht in die «Ressourcenfalle» tappen.

Martina Bietenhader, Johannes Rühl, Seco

Lateinamerika stellt die Weichen für die Energie- wende. Der Kontinent ist besonders reich an Metallen wie Kupfer, Lithium und Nickel, welche für grüne Technologien benötigt werden. Die Region verfügt über 60 bis 80 Prozent der weltweiten Vorkommen von Lithium, 40 Prozent bei Kupfer und 17 Prozent bei Nickel (siehe Abbildung auf S. 50). Dieser Ressourcenreichtum wird den Ländern voraussichtlich enorme Einnahmen bescheren. Der Wert der bolivianischen Lithiumreserven wird auf 414 Milliarden Dollar geschätzt, die brasilianischen Nickelvorkommen auf 267 Milliarden Dollar, und in Chile – dem weltweit grössten Kupferexporteur – rechnet man mit einem Kupfervorkommen im Wert von 1,6 Billionen Dollar.

Rohstoffe stützen die Wirtschaft

Das alles tönt vielversprechend und weckt das Interesse von Investoren aus aller Welt. Doch: Wie kann Lateinamerika sein Wirtschaftswachstum nachhaltig gestalten und geopolitisch unabhängig bleiben? Die Rohstoffexporte sind eine zentrale Säule der regionalen Wirtschaft. 2022 machte allein der Bergbausektor 14 Prozent des chilenischen BIP aus. Bei den Gesamtexporten verantwortet der Sektor sogar 58 Prozent.¹

Diese Abhängigkeit von einem einzigen Sektor kann problematisch sein und in die sogenannte Ressourcenfalle führen. Unter diesem Begriff ver-

steht die Literatur die Korrelation von natürlichen Ressourcen mit bewaffneten Konflikten, einer Zunahme der Korruption, demokratischen Rückschritten und einer Abnahme des Wirtschaftswachstums.

Ein Wendepunkt für Lateinamerika?

Dabei wäre die hohe Nachfrage nach grünen Mineralien eine einmalige Gelegenheit, die lokalen Wertschöpfungsketten im Primärsektor zu stärken, die Beschäftigung zu fördern und damit die Einkommen im Land zu erhöhen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat die grüne Transformation sogar als potenziellen «wirtschaftlichen und sozialen Wendepunkt» für Lateinamerika bezeichnet.²

Allerdings werden derzeit viele Produktionsschritte mit hoher Wertschöpfung ausserhalb Lateinamerikas getätigt. 2019 war Chile zwar der zweitgrösste Lithiumförderer, China aber verarbeitete und veredelte 58 Prozent des weltweiten Lithiumangebots. Auf China entfielen 2022 auch 46 Prozent der weltweiten Exporte von Lithiumbatterien. Auch beim Kupfer, der global hauptsächlich aus Chile (28%) und Peru (12%) stammt, verarbeitet China rund 40 Prozent des weltweiten Angebots zu marktfähigen Produkten.

Gleichzeitig sind die Investitionen aus China in den lateinamerikanischen Bergbau sprunghaft

¹ Siehe Unctad (2023).

² Siehe OECD (2022).



Probeförderung im bolivianischen Salar de Uyuni. Der Salzsee ist reich an Mineralien, darunter auch Lithium.

angestiegen. Zwischen 2000 und 2018 flossen rund 60 Prozent der chinesischen Direktinvestitionen in Lateinamerika in den Rohstoffsektor.

Schonender Ressourcenabbau

Soll der wirtschaftliche Aufschwung in Lateinamerika langfristig anhalten, muss er sozial- und umweltverträglich sein. Heute ist die Gewinnung von wichtigen Mineralien für die Energiewende paradoxerweise mit hohen Umweltbelastungen verbunden. Treibhausgasemissionen und Wasserverschmutzung sind zwei der Hauptprobleme. Etwa 4 bis 7 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen stammen aus der weltweiten Bergbauindustrie.

So verursachen beispielsweise die grossen dieselbetriebenen Lastwagen 30 bis 50 Prozent aller Emissionen einer Mine. Auch der Wasserverbrauch ist hoch. Der Kupferbergbau in der chilenischen Ata-

cama-Wüste – einem der trockensten Orte der Erde – ist für 68 Prozent des gesamten Wasserverbrauchs in der Region verantwortlich. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Bevölkerung sowie die Tier- und Pflanzenwelt.

Einige lateinamerikanische Bergbauländer gehen diese Herausforderungen bereits proaktiv an. Die jeweiligen Regierungen entwickeln neue Ansätze und setzen Strategien für verantwortungsvolle und nachhaltige Bergbaupraktiken um. Was bedeutet dies für die Schweiz und ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Lateinamerika?

Als Handelsdrehscheibe, Technologieanbieterin und Nachfragerin von grünen Mineralien und deren Endprodukten spielt die Schweiz eine wichtige Rolle. Die fünf weltweit grössten Rohstoffhandelsunternehmen haben bedeutende Niederlassungen in der Schweiz. Sie und über 950 weitere Rohstoffunternehmen beschäftigen hierzulande rund 10'000 Personen.³ Gemäss Studien laufen rund zwei Drittel des

³ Siehe Bundesamt für Statistik: Rohstoffhändler.

Viele «grüne» Rohstoffe stammen aus Lateinamerika



Lithium
(Lateinamerikas Anteil
am weltweiten
Vorkommen: 60–80%)

Kupfer
(40%)

Nickel
(17%)

Quelle: Seco / Die Volkswirtschaft

4 Siehe Report of the Federal Council (2018).

5 Daten zum Transithandel der Schweizerischen Nationalbank.

6 Der Bundesrat will die Statistik zum Schweizer Rohstoffhandel verfeinern und hat deshalb am 29. Juni 2022 die zuständigen Departemente beauftragt, eine verlässliche Datenbank zur Entwicklung des Sektors aufzubauen.

7 Siehe Medienmitteilung des Bundesrates vom 26.6.2024 «Nachhaltige Unternehmensführung: Bundesrat schlägt strengere Regeln für Berichterstattung vor».

weltweiten Metallhandels über die Schweiz. In einem Bericht zum Rohstoffsektor schätzt der Bundesrat, dass die Einnahmen aus dem Rohstoffhandel 2017 3,8 Prozent des Schweizer BIP ausmachten.⁴ Unter Verwendung der gleichen Datenbasis⁵ wird dieser Beitrag für 2021 auf 8 Prozent geschätzt. Damit liegt der Sektor nach den Finanzdienstleistungen (9,1%) an zweiter Stelle.⁶

Nachhaltigkeit im Fokus

Die Sozial- und Umweltstandards im Bergbausektor haben sich in den letzten Jahren erheblich weiterentwickelt. Seit 2021 sind Schweizer Bergbauunternehmen verpflichtet, ihre Zahlungen an ausländische Regierungen offenzulegen. Im Jahr 2022 wurden weitere Sorgfalts- und Berichtspflichten für Umwelt- und Menschenrechtsauswirkungen eingeführt. Im Juni 2024 schlug der Bundesrat vor, diese Berichtspflichten weiter auszubauen und weitgehend an den EU-Standard anzugleichen.⁷

Der revidierte CSR-Aktionsplan des Bundesrats sieht vor, dass sich Unternehmen an international

anerkannte Standards wie die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zu verantwortungsvollem Handeln halten. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) beherbergt die Nationale Kontaktstelle, die für die Leitsätze wirbt und die Diskussion über deren Umsetzung erleichtert. Zudem hat die Schweiz ihren Nationalen Aktionsplan (NAP) für die UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte im Januar 2020 verabschiedet. Der NAP soll für den Zeitraum 2024 bis 2027 aktualisiert werden. Dieser zielt darauf ab, die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der globalen Geschäftstätigkeit von Unternehmen mit Sitz in der Schweiz zu verbessern, insbesondere im Rohstoff- und Bergbausektor. Ausserdem sollen Klimamassnahmen und Menschenrechte im Aktionsplan berücksichtigt werden und so für einen gerechten Übergang zu einer Netto-null-Wirtschaft beitragen. Darüber hinaus beteiligt sich die Schweiz an Initiativen wie der «Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)» und der «Climate-Smart Mining Initiative» zur Förderung von guter Regierungsführung und Nachhaltigkeit in diesem Sektor.

Wichtig für die Schweizer Aussenwirtschaftspolitik

Lateinamerika ist ein strategischer Partner für die grüne Transition. Vertiefte Wirtschaftsbeziehungen mit der Region sind ein wichtiger Eckpfeiler der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik. In Zeiten geopolitischer Spannungen ist es wichtig, einen diversifizierten Zugang zu den internationalen Märkten zu gewährleisten. Der bilaterale Handel der Schweiz mit Lateinamerika belief sich 2023 auf 19 Milliarden Franken. Im gleichen Jahr sind die Schweizer Investitionen in der Region um fast 10 Prozent auf über 36 Milliarden Franken gestiegen, was zur Schaffung von über 200'000 Arbeitsplätzen vor Ort beiträgt.

Um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Lateinamerika weiter zu stärken, verbessert die Schweiz laufend die entsprechenden Rahmenbedingungen. Neben 17 bilateralen Investitionsschutzabkommen hat die Schweiz Freihandelsabkommen mit 8 Ländern⁸ in der Region.

Nach der 2024 abgeschlossenen Modernisierung des Freihandelsabkommens mit Chile hat das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Ländern Priorität. Beide Abkommen enthalten ein umfassendes und rechtsverbindliches Kapitel zu Handel und nachhaltiger Entwicklung.

Damit die lateinamerikanischen Länder von ihren Bodenschätzen profitieren können und nicht in die «Ressourcenfalle» tappen, braucht es nachhaltige Entwicklungsstrategien. Der Kampf gegen den Klimawandel kann nur gewonnen werden, wenn er nicht auf Kosten der Natur und der Menschen geht.

Literatur

Bundesrat (2018). Rohstoffsektor Schweiz: Standortbestimmung und Perspektiven. Bericht vom 30. November.

OECD (2022). Latin America and the Caribbean: The Green Transition Can Be an Economic and Social Game Changer, Says New Report. 7. November.

Unctad (2023). Technical Note on Critical Minerals. Supply Chains, Trade Flows and Value Addition.

⁸ Mexiko, Kolumbien, Peru, Chile, Ecuador, Costa Rica, Guatemala, Panama.



Martina Bietenhader

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen, Ressort Amerika, Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), Bern



Johannes Rühl

Dr. rel. int., stv. Ressortleiter, Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen, Ressort Amerika, Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), Bern

Nicht genügend Wohnungen: Tourismugemeinden ergreifen Massnahmen

Die Lage auf dem Immobilienmarkt ist schon länger angespannt. Wohnungsknappheit betrifft neu neben urbanen Ballungszentren auch touristische Hotspots im Alpenraum. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig, ebenso die Lösungen.

Gabriel Weick, ARE

Im November 2023 hat die Bevölkerung von Flims GR auf die akute Wohnungsknappheit in ihrer Gemeinde reagiert. Wie in vielen touristischen Hotspots in den Bergen finden Einheimische und Arbeitskräfte dort kaum mehr bezahlbaren Wohnraum. Die Flimsler haben deshalb mit einem Ja-Anteil von 70 Prozent eine Teilrevision der Ortsplanung beschlossen. Wer in Flims künftig Wohnungen abbricht und neu aufbaut oder im grossen Stil umbaut, muss mindestens die Hälfte der Wohnfläche den Einheimischen als Erstwohnung anbieten.

Zweitwohnungen sind gefragt

Eigentümerinnen, die keine oder zu wenig Erstwohnfläche schaffen, können eine Ersatzabgabe bezahlen. Sie fliesst in einen Fonds zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum. Mit einer aktiven Bodenpolitik versucht Flims zudem, Bauparzellen und Immobilien zu erwerben, und gibt Bauland im Baurecht ab. So kann die Gemeinde Einfluss auf die Wohnraumentwicklung nehmen, indem sie unter Auflagen gemeinnützige und genossenschaftliche Bauträger mit der Immobilienentwicklung betraut. Schliesslich verbietet die Gemeinde die Umnutzung von Hotels in Zweitwohnungen – eine zusätzliche Massnahme, die potenziellen Erstwohnraum sichert.

Woher kommt die Wohnungsknappheit in Tourismusdestinationen in den Bergen? Die Ursachen

sind vielfältig. Erstens ist die Nachfrage nach Zweitwohnungen während der Pandemie sprunghaft angestiegen. Gründe dafür sind unter anderem die Möglichkeit, mehr im Homeoffice zu arbeiten, sowie die temporär eingeschränkten Reisemöglichkeiten. Dies zeigt das im Frühjahr 2023 publizierte Monitoring zum Vollzug und zu den Wirkungen des Zweitwohnungsgesetzes.¹ Der Angebotsüberhang an Zweitwohnungen, der in der Wirkungsanalyse von 2021 festgestellt wurde, schwand dahin.²

Zweitens ist gerade in den touristischen Hotspots in den vergangenen zehn Jahren auch die Nachfrage nach Erstwohnungen gewachsen. Haupttreiber dafür sind laut Peder Plaz, Co-Geschäftsführer des Wirtschaftsforums Graubünden, neu geschaffene Arbeitsplätze. Jene, die pensioniert werden, bleiben hingegen im Ort. Das erhöht die Nachfrage nach Wohnraum zusätzlich.³

Drittens erschwert das Raumplanungsgesetz das Bauen auf der grünen Wiese: Insbesondere Gemeinden mit stagnierenden oder rückläufigen Bevölkerungsprognosen sind hier im Nachteil. Denn die Dimensionierung der Bauzonen richtet sich nach diesen Prognosen. Die betroffenen Gemeinden müssen also überdimensionierte Bauzonen verkleinern und stattdessen innere Baulandreserven mobilisieren. Das ist für viele Gemeinden eine Herausforderung.

Zuletzt trägt auch das Zweitwohnungsgesetz (ZWG) zur Wohnungsknappheit bei (siehe Kasten

1 Siehe IC Infraconsult AG (2023).

2 Siehe ARE und Seco (2021).

3 Siehe Marti und Plaz (2023).



In touristischen Hotspots ist die Nachfrage nach Erstwohnungen gestiegen. Die Ursachen sind vielfältig. Kunstwerk in Leysin VD.

auf S. 54). Gemäss Artikel 11 des Zweitwohnungsgesetzes (ZWG) sind nämlich altrechtliche Wohnungen frei in der Nutzung. Damit sind Wohnungen und Immobilien gemeint, die vor der Annahme der Initiative im Jahr 2012 bereits gebaut oder bewilligt wurden. Dies hat zur Folge, dass rund 95 Prozent des Wohnungsbestands in sogenannten Zweitwohnungsgemeinden als Zweitwohnung genutzt, vermietet oder verkauft werden können. Zweitwohnungsgemeinden sind Gemeinden, die einen Zweitwohnungsanteil von über 20 Prozent haben und damit den Bestimmungen des ZWG unterstehen.

Erfahrungen austauschen

Weil die Preise von Zweitwohnungen hoch sind, ist die Umnutzung einer Erstwohnung zu einer Zweitwohnung äusserst lukrativ. Dadurch fällt Wohnraum für die Bevölkerung weg. Derartige Umnutzungen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Mit der von Nationalrat Martin Candinas initiierten

Lockerung von Artikel 11 ZWG, die voraussichtlich per 01. 01. 2025 in Kraft tritt, können bei Erweiterungen von bestehenden Gebäuden auch neue, in der Nutzung freie Wohnungen geschaffen werden. Das bietet weitere Anreize, zusätzliche Zweit- anstatt Erstwohnungen zu erstellen.

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) im Februar 2024 zusammen mit dem Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) zu einem Erfahrungsaustausch zum Thema «Erstwohnraum in Tourismusgebieten im Alpenraum» eingeladen.⁴ Neben Vertreterinnen von Kantonen und Interessengruppen bot der Erfahrungsaustausch auch Gemeinden eine Möglichkeit, ihre Strategien im Umgang mit dem Wohnungsmangel zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen.

Nicht nur Flims, sondern auch Davos GR hat eine Strategie im Kampf gegen die Wohnungsknappheit beschlossen. Bei Arealentwicklungen ermöglicht die Gemeinde mittels Gestaltungsplänen beispielsweise höhere Ausnützungsziffern und damit eine dich-

⁴ Siehe ARE et al. (2024).

tere Bauweise. Im Gegenzug für derartige planerische Mehrwerte verlangt die Gemeinde einen Mietanteil von 50 Prozent, wovon wiederum die Hälfte zur Kostenmiete, also nicht renditeorientiert, anzubieten ist. In seiner Wohnraumstrategie fokussiert Davos unter anderem auf Liegenschaften, die der Gemeinde selbst gehören, und deren Potenzial für Erstwohnraum. Weiter will es die Umnutzung altrechtlicher Wohnungen in eine Zweitwohnung mit einem Monitoring erfassen. Ausserdem steht zur Diskussion, Umnutzungen an gut erschlossenen, zentralen Lagen zu beschränken.

Weitere Gemeinden wie Saanen BE und Chateau-d'Oex VD setzen primär auf gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnbauprojekte, um Erstwohnraum zu schaffen oder zu erhalten. Surses GR ist bestrebt, bestehenden Wohnraum besser zu nutzen, beispielsweise indem die Gemeinde für ältere Menschen attraktiven Wohnraum erhält oder schafft.

Es braucht ein Umdenken

Wohnraum ist in Gemeinden mit einem Zweitwohnungsanteil von über 20 Prozent grundsätzlich genug vorhanden. Das Problem ist die Verteilung. Bestehenden Wohnraum gilt es für die einheimische Bevölkerung und Zuziehende zu sichern und weiterzuentwickeln. Ein Weiter-wie-bisher führt in eine ökonomische und gesellschaftliche Abwärtsspirale: Die einheimische Bevölkerung wird verdrängt, poten-

zielle Zuziehende finden keinen Wohnraum, Arbeitgeberinnen keine Angestellten, Dörfer und Tal-schaften entleeren sich weiter, und Schulen werden geschlossen.

In Artikel 12 ZWG ist klar formuliert, dass Kantone und Gemeinden bei Bedarf Massnahmen ergreifen sollen, die nötig sind, um diese unerwünschten Entwicklungen zu verhindern. Eine Entwicklung, die sich aufgrund einer unbeschränkten Nutzung altrechtlicher Wohnungen zu Zweitwohnungen ergeben hat. Dazu können die Kantone die Umnutzung von bisherigen Erstwohnungen zu Zweitwohnungen stärker einschränken als das ZWG. Gemeinden wie Flims und Davos haben es geschafft, innere und äussere Widerstände zu überwinden und solche Massnahmen zu ergreifen. Es bleibt zu hoffen, dass sie von den Kantonen unterstützt werden und Nachahmer finden.

Literatur

Bundesamt für Raumentwicklung – ARE et al. (2024). Dokumentation Erfahrungsaustausch «Erstwohnraum in Tourismusgebieten im Alpenraum».

Bundesamt für Raumentwicklung und Staatssekretariat für Wirtschaft – ARE und Seco (2021). Wirkungsanalyse Zweitwohnungsgesetz. Bericht an den Bundesrat. 12. Mai.

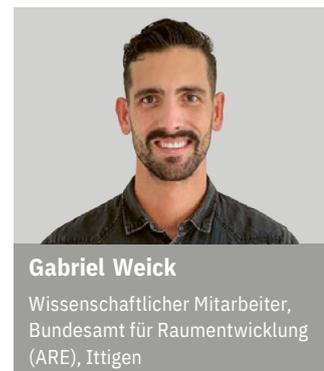
IC Infraconsult AG (2023). Monitoring und Analyse des Vollzugs und der Wirkungen des Zweitwohnungsgesetzes. Schlussbericht.

Marti, N. und P. Plaz (2023). Wohnungsmangel in GR?! Kurze Analyse des Erstwohnungsbedarfs und dessen Treiber, Wirtschaftsforum Graubünden (WIFO).

Grundstückserwerb durch Personen im Ausland

Im Jahr 2022 erteilten die Kantone insgesamt 1020 Bewilligungen für den Erwerb von Ferienwohnungen durch Personen im Ausland. Wie in den Jahren zuvor steht der Tourismuskanton Wallis mit 446 Bewilligungen an

der Spitze, gefolgt von Graubünden (183 Bewilligungen), dem Tessin (137) und der Waadt (117). Siehe auch die Statistiken zum Grundstückserwerb durch Personen im Ausland auf Bj.admin.ch.



Gabriel Weick

Wissenschaftlicher Mitarbeiter,
Bundesamt für Raumentwicklung
(ARE), Ittigen

Léman Express: Begleitmassnahmen in Verzug

Vor vier Jahren wurde das grenzüberschreitende Regionalzug-Netzwerk Léman Express eröffnet. Jetzt gibt es Verzug bei den Arbeiten rund um dieses symbolträchtige Projekt. Ein Audit zieht Bilanz.

Vincent Kaufmann, Alexis Gummy, ETH Lausanne, Frédéric Varone, Maria Masood Dechevrens, Bruno Reix, Genfer Rechnungshof

Im Dezember 2019 wurde eines der grössten grenzüberschreitenden Regionalzug-Netzwerke Europas eröffnet: der Léman Express (LEX) im Grossraum Genf.¹ Es umfasst 6 Linien, die Genf mit Frankreich und dem Kanton Waadt verbinden, sowie 20 Bahnhöfe in den französischen Departementen Ain und Haute-Savoie (19 im Kanton Genf und 3 im Kanton Waadt).²

Viel Geld floss in den LEX: 1,6 Milliarden Franken für die 14 Kilometer auf Schweizer Boden, dazu über 200 Millionen Euro für die 2 Kilometer in Frankreich. Er steht für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den Willen, gemeinsam eine Lösung für die Herausforderungen der Mobilität im Grossraum Genf zu finden. Dank des LEX hat sich das öffentliche Nahverkehrsangebot deutlich verbessert: 2017 betrug der grenzüberschreitende Pendlerverkehr in den Kanton Genf rund 632'000 Fahrten pro Tag, davon 86 Prozent mit dem Auto.³ Mittlerweile, nach vier Jahren, benutzen täglich 80'000 Personen den LEX – das übersteigt die Erwartungen deutlich.

Damit der LEX noch häufiger genutzt wird, verabschiedete die Versammlung des Groupement Local de Coopération Transfrontalière (GLCT) im November 2019 eine grenzüberschreitende Roadmap mit verschiedenen Begleitmassnahmen. Zum Beispiel Buslinien zu den Bahnhöfen des LEX schaffen, Zubringerstrecken in Form von Velowegen und Grünrouten einrichten, Park-

plätze für Fahrräder und motorisierte Zweiräder an den Bahnhöfen und von Park-and-Ride(P+R)-Parkplätzen erstellen. Zusätzlich waren Shared-Mobility-Angebote⁴ vorgesehen sowie Mobilitätskonzepte der Arbeitgebenden, gemäss denen Mitarbeitende von Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen ihre Autokilometer reduzieren sollten. Alles in allem umfassen diese Begleitmassnahmen ein Budget von über einer Milliarde Franken. Einige davon werden durch die Agglomerationsprogramme⁵ des Bundes unterstützt.

Erstes grenzüberschreitendes Audit

2022 führten die Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB)⁶, die auf dem LEX-Gebiet tätig sind, ein gemeinsames Audit durch. Damit wollten sie zwei Ziele erreichen. Erstens sicherstellen, dass die Begleitmassnahmen zum LEX tatsächlich innerhalb der vorgesehenen Fristen umgesetzt werden. Zweitens den motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr umlagern und den Langsamverkehr, sprich die Verkehrswende fördern.

Im Rahmen des Audits wurden 145 Begleitmassnahmen zum LEX analysiert, davon 98 Massnahmen im Kanton Genf, 2 im Kanton Waadt und

- 1 Dazu gehören die 117 Gemeinden des sogenannten Pôle Métropolitain im benachbarten Frankreich sowie die 45 Gemeinden des Kantons Genf und die 47 Gemeinden des Bezirks Nyon.
- 2 Siehe dazu den Plan des LEX auf Lemanexpress.com.
- 3 Siehe RGR Ingénieurs conseils (2021).
- 4 Fahrradverleih in Selbstbedienung und Mitfahrgemeinschaften.
- 5 Damit kann man beim Bund für grössere Mobilitätsprojekte auf Schweizer Boden Mitfinanzierungsanträge stellen.
- 6 Dazu gehören der Rechnungshof des Kantons Genf, der regionale Rechnungshof Auvergne-Rhône-Alpes und der Rechnungshof des Kantons Waadt.



Neue Radwege sind ein Teil der Begleitmassnahmen zum Léman Express, um den Langsamverkehr in der Grossregion Genf zu fördern.

45 in Frankreich. Ebenso Bestandteil der Analyse war die Umsetzung der Shared-Mobility-Angebote und der Mobilitätskonzepte der Arbeitgebenden. Um die Bedürfnisse der Nutzenden und Nichtnutzenden des LEX besser zu verstehen, haben sich die ORKB an einer Umfrage zur Mobilität beteiligt, die im Herbst 2022 von der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (EPFL) bei über 10'000 Anwohnenden der grenzüberschreitenden Genferseeregion durchgeführt wurde.⁷

Das Audit zeigt, dass bereits zahlreiche Massnahmen umgesetzt wurden und die steigende Anzahl Nutzende vielversprechend ist. So wurden beispielsweise im Kanton Genf 571 Veloverleihstationen eingerichtet, 218 Fahrzeuge für das Carsharing zur Verfügung gestellt und bei einem Autobahn-Grenzübergang eine separate Spur für Fahrgemeinschaften geschaffen. Die Mobilitätskonzepte der Arbeitgebenden, ein bedeutender Hebel, um den öffentlichen Verkehr zu fördern, wurden im Kanton Genf hingegen vernachlässigt.

Das Audit ergab auch, dass einzelne Begleitmassnahmen zum LEX nur schleppend umgesetzt werden. Im Oktober 2023 war über die Hälfte der analysierten Mass-

nahmen entweder verspätet oder wieder abgeschafft worden (siehe Abbildung 1). Die durchschnittliche Verspätung beträgt 41 Monate auf Genfer Gebiet und 34 Monate auf französischem Territorium.

Die Erwartungen der (Nicht-) Nutzenden

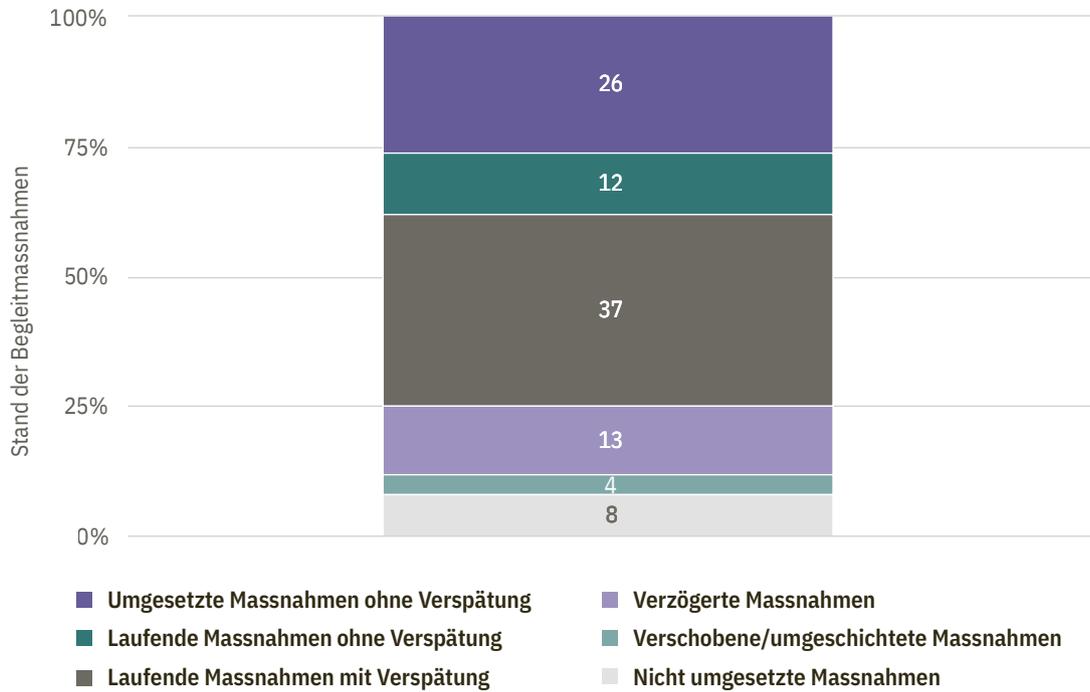
Eine statistische Analyse⁸ zeigt, welche Faktoren für die Verzögerung der Massnahmen verantwortlich sind. Planungsschwierigkeiten wie beispielsweise das Missachten von kantonalen Vorgaben bei der Einrichtung von P+R verzögerten um durchschnittlich 12 Monate. 38 Monate sind es bei Einsprachen der Gemeinden gegen die auf ihrem Gebiet geplanten Massnahmen, zum Beispiel erforderliche bauliche Massnahmen für eine neue Buslinienführung auf der Gemeindestrasse. Auffallend: Vom Bund mitfinanzierte Massnahmen haben im Schnitt 11 Monate weniger Verspätung.

Nutzende und Nichtnutzende des LEX fordern hauptsächlich verbesserte Zubringeroptionen für die LEX-Bahnhöfe: eine höhere Frequenz bestehender Buslinien, neue Velowege und -streifen sowie tiefere P+R-Gebühren (siehe Abbildung 2). Der Bau von

⁷ Siehe erste Ergebnisse des Lake Geneva Sustainability Monitoring Panel. auf Epfl.ch

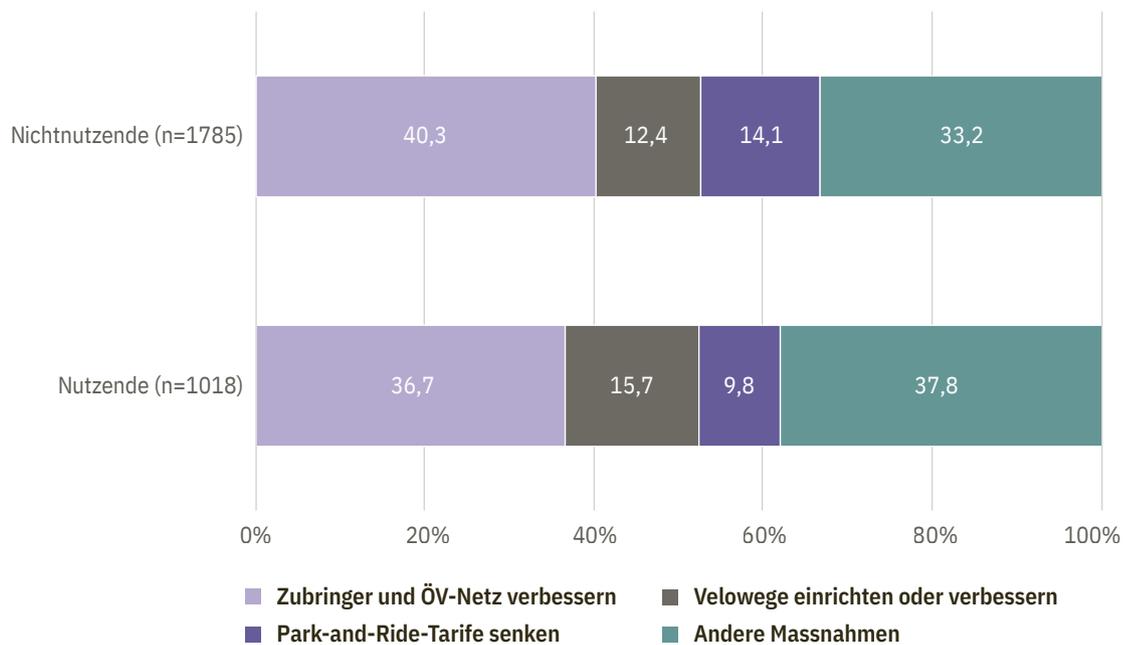
⁸ Die ORKB haben aufgrund der Daten, die bei den Bauherren der (nicht aufgegebenen) infrastrukturellen Massnahmen in allen drei Territorien erhoben wurden, eine ökonomische Analyse durchgeführt.

Abb. 1: Die Hälfte der Begleitmassnahmen zum Léman Express verzögert sich



Quelle: Rechnungshof des Kantons Genf (2023b) / Die Volkswirtschaft

Abb. 2: Diese Massnahmen würden die Nutzung des Léman Express erhöhen



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die Massnahmen, die für die LEX-Bahnhöfe genannt werden.

Quelle: EPFL und Rechnungshof des Kantons Genf (2023b) / Die Volkswirtschaft

Grünrouten und Velowegen, wie es von den Nutzenden und den Nichtnutzenden gewünscht wird, weist im Schnitt die grösste Verspätung auf.

Empfehlungen zur Beschleunigung der Verkehrswende

Aus dem Audit ergeben sich drei Empfehlungen, welche die Umsetzung der dringlichsten Massnahmen priorisieren und die Verkehrswende beschleunigen.⁹ Erstens sollen die Planung und das Monitoring der Begleitmassnahmen zum LEX verbessert werden, um Verspätungen zu reduzieren und dadurch die Mitfinanzierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu garantieren. Dazu müssen die Kosten für die Massnahmen und die Zuständigkeiten der Bauherren, die mit der Umsetzung beauftragt sind, ermittelt werden. Zweitens sollen P+R-Parkplätze an der Peripherie des Grossraums Genf entwickelt und die P+R-Tarife vereinheitlicht werden, um die Verkehrswende zu fördern. Denn die bisher geltenden Tarife beim P+R setzen Anreize, mit dem eigenen Auto zu den LEX-Bahnhöfen zu fahren, wo das Parkieren weniger kostet oder sogar gratis ist. Und schliesslich soll auf dem Territorium des französischen Grenzgebiets

rund um Genf eine einzige Behörde bestimmt werden, die die Mobilität mit den Genfer und Waadtländer Akteuren koordiniert.

Das grenzüberschreitende Audit der drei ORKB ist eine Premiere in Europa. Es zeigte, dass trotz der grossen institutionellen Unterschiede zwischen Genf, der Waadt und Frankreich überall vergleichbare Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Begleitmassnahmen zum LEX bestehen. Das Eisenbahnnetz des LEX und das Audit der drei ORKB haben Vorbildcharakter für die innovative grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Es liefert Erkenntnisse, die auf andere grenzüberschreitende Projekte in den Bereichen Raumplanung, Gesundheit, Steuerwesen, Beschäftigung, Umwelt usw. im Grossraum Genf oder in anderen Grenzregionen der Schweiz wie Basel, St. Gallen oder Tessin angewendet werden könnten.

⁹ Ausführliche Informationen sind im Audit-Bericht des Rechnungshofs des Kantons Genf, siehe Rechnungshof des Kantons Genf (2023a), sowie in der gemeinsamen Übersicht nachzulesen, die auf der Website zur Verfügung steht.

Literatur

Rechnungshof des Kantons Genf (2023a). Mesures d'accompagnement du Léman Express, Audit de performance – rapport 185, Genf.

Rechnungshof des Kantons Genf (2023b). Mesures d'accompagnement du Léman Express dans l'agglomération du Grand Genève – Synthèse commune, Genf.

RGR Ingénieurs conseils SA (2021). Monitoring multimodal transfrontalier - Rapport de synthèse – EO, Grand Genève.

Vincent Kaufmann

Professor für Mobilitätsanalyse und Stadtsoziologie sowie Leiter des Labors für Stadtsoziologie, ETH Lausanne

Frédéric Varone

Stellvertretender Richter, Rechnungshof des Kantons Genf, sowie Professor für Politikwissenschaften, Universität Genf

Maria Masood Dechevrens

Wirtschaftsexpertin, Rechnungshof des Kantons Genf, sowie Lehrbeauftragte, Universität Genf

Bruno Reix

Projektverantwortlicher, Rechnungshof des Kantons Genf

Alexis Gumy

Postdoc-Forscher, Labor für Stadtsoziologie, ETH Lausanne

Mit Suchmaschinendaten die Zukunft vorhersagen

Wer etwas wissen will, googelt. Diese Suchanfragen generieren Daten, mit denen wir in die Zukunft schauen können.

Yavuz Karagök, Weko

Trends vorherzusagen, beschäftigt die Wissenschaft schon lange. Insbesondere das Internet stellt dabei eine wichtige Datenquelle dar. Im Netz sammeln sich durch das Nutzerverhalten Echtzeitdaten an. Diese können mit anerkannten wissenschaftlichen Methoden analysiert und interpretiert werden. Daraus ergeben sich Schlussfolgerungen – nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Gegenwart und die Zukunft.¹

Beispielsweise gehen Onlinekäufen häufig Internetrecherchen voraus, aus denen sich potenzielles zukünftiges Kaufverhalten ablesen lässt. Ähnlich wie bei Kaufentscheidungen informieren sich Menschen auch bei Gesundheitsproblemen zunächst im Internet über ihre Symptome und mögliche Medikamente. Suchen viele im Netz nach ähnlichen Gesundheitsinformationen, können daraus zum Beispiel Rückschlüsse gezogen werden, ob eine breite Bevölkerungsgruppe an einer bestimmten Krankheit, zum Beispiel an der Grippe, leidet. Ebenso kann anhand der Häufigkeit von Suchbegriffen das Interesse an Aktien, Sportereignissen, Urlaubszielen etc. gemessen werden.

Generell lässt sich also aus diesen Daten ablesen, wofür sich die Bevölkerung gerade interessiert, worüber sie sich Sorgen macht oder was sie vorhat. Das weckt nicht nur das Interesse der Wissenschaft, sondern auch verschiedenster Unternehmen und Institutionen wie Medien, Konjunkturinstitute, Banken, Marketingunternehmen, Sicherheitsbehörden.

Google stellt seit Januar 2004 Zeitreihen über die getätigten Suchanfragen in anonymisierter Form und in Echtzeit allen Interessierten kostenlos zur Verfügung.² Diese können nach Region und Zeitperiode abgefragt werden. Je nach Länge der ausgewählten Zeitspanne werden die Daten normiert und auf Tages-, Wochen- oder Monatsbasis zur Verfügung gestellt. Die normierten Daten werden schliesslich als Indexzahlen so ausgewiesen, dass die Werte zwischen 0 und 100 liegen.³

Zur Veranschaulichung wurde bei Google Trends der Suchbegriff «Geschenk» in drei Sprachen eingegeben (siehe Abbildung auf S. 61). Jeweils im Dezember steigt die Anzahl Suchanfragen wegen der anstehenden Weihnachtsfeiertage sprunghaft an. Aber auch im Februar vor dem Valentinstag und im Mai vor dem Muttertag wird erwartungsgemäss öfter nach diesem Wort gesucht.

Google Trends wird rege genutzt

Die Echtzeitdaten von Google Trends stehen im Vergleich zu traditionellen Erhebungen ohne Kosten und jederzeit zur Verfügung. Die Anwendungsbereiche reichen daher von Medizin über Politik bis hin zu Finanzen, Tourismus und Marketing.

Für das Marketing ist die Häufigkeit eines verwendeten Suchbegriffs zum Beispiel ein Indikator für dessen Beliebtheit. Die daraus gewonnenen Erkennt-

1 Siehe zum Beispiel D'Amuri und Marcucci (2017), Yu et al. (2019), Penna und Huang (2009), Ferrara und Simoni (2019), Narita und Yin (2018), Vosen und Schmidt (2011) und Vosen und Schmidt (2012).

2 Siehe Google Trends.

3 Für die Erläuterungen in diesem Abschnitt siehe insbesondere D'Amuri und Marcucci (2017) und Nagao, Takeda und Tanaka (2019).



Je häufiger etwas gegoogelt wird, desto grösser ist das Interesse daran – zum Beispiel am Jungfrau Marathon auf der Kleinen Scheidegg BE.

nisse helfen, Webseiten inhaltlich so zu gestalten, dass sie in den Suchergebnissen möglichst weit oben erscheinen. Auf diese Weise können Unternehmen ihre Sichtbarkeit im Internet erhöhen und sich gegenüber Mitbewerbern besser positionieren.⁴

Im Finanzbereich stellen Forscher fest, dass ein Anstieg des Interesses an Aktien in der Google-Suchmaschine mit Kurssteigerungen in den folgenden zwei Wochen einhergeht.⁵ Andere zeigen anhand einer Analyse der Veränderungen des Google-Suchvolumens für finanzbezogene Suchbegriffe, dass bestimmte Muster als Frühwarnzeichen für Veränderungen auf dem Aktienmarkt interpretiert werden können.⁶

Im Tourismus zeigt sich, dass mit Google-Suchdaten zu Museen und Galerien relativ schnell Schätzungen über die Besucherzahlen erstellt werden können.⁷ Auch in der medizinischen Forschung werden Suchanfragedaten genutzt.⁸ Dabei wird unter anderem geschlussfolgert, dass die Analyse von Echtzeitdaten Hinweise auf aktuelle beziehungsweise bevorstehende saisonale Krankheiten sowie Epidemien geben kann. Mehrere Forschungsarbeiten in diesem Bereich haben sich jüngst mit der Über-

wachung der Corona-Pandemie auf der Grundlage von Google Trends befasst.⁹

Schätzung des Bruttoinlandprodukts

Es ist auch möglich, Daten über die Entwicklung einer Volkswirtschaft in Echtzeit zu gewinnen.¹⁰ Dies wurde insbesondere während des Lockdowns im Frühjahr 2020 und darauffolgend in Bezug auf die Wirkung der ergriffenen Massnahmen in der Corona-Pandemie relevant. Die Lieferung regulärer Daten für die Schätzung des Bruttoinlandprodukts (BIP) erfolgt nämlich mit Verzögerung. Vor deren Publikation sind für bestimmte Wirtschaftsbereiche nur wenige Informationen über die aktuelle Situation verfügbar.

Befindet sich die Wirtschaft in einer besonderen Situation wie während der Pandemie, ist es umso wichtiger, zeitnahe Informationen über die Wirtschaftslage zu erhalten, um das Ausmass der möglichen wirtschaftlichen Folgen der Krise abschätzen zu können und entsprechende Massnahmen zu ergreifen. In der Literatur finden sich mittlerweile verschiedene Arbeiten, die sich mit der Schätzung

4 Sogenanntes Search Engine Optimization (SEO). Siehe dazu auch Almkhatar, Mahmood und Kareem (2021).

5 Siehe Da, Engelberg und Gao (2011).

6 Siehe Preis, Moat und Stanley (2013).

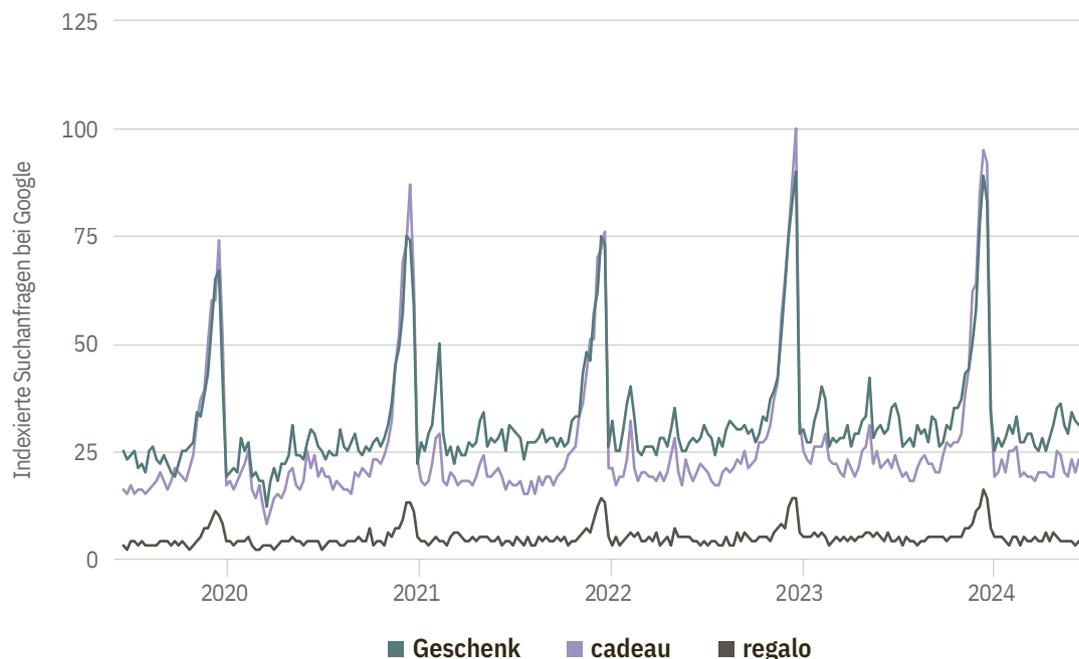
7 Siehe Botta, Preis und Moat (2020).

8 Für einen Überblick über verschiedene Studien in der Medizin siehe Mavragani, Ochoa und Tsagarakis (2018).

9 Siehe Mavragani und Gkillas (2020).

10 Siehe zum Beispiel Vosen und Schmidt (2011) oder Ferrara und Simoni (2019).

Vor Weihnachten wird «Geschenk» in der Schweiz besonders oft gegoogelt



Quelle: Google Trends / Die Volkswirtschaft

des BIP in Echtzeit beschäftigen und Google Trends als Datenbasis verwenden.¹¹

Kein Allheilmittel, aber wertvoll

Seit Google die Daten zu Suchabfragen veröffentlicht, haben Wissenschaftlerinnen und Praktiker aus den unterschiedlichsten Bereichen Ideen entwickelt, wie sie genutzt werden können. Wer jedoch Datenanalysen auf Basis von Google Trends durchführt, muss sich zwangsläufig mit der Frage auseinandersetzen, was bei der Nutzung zu beachten ist und inwieweit sie dem Analysezweck dient. Dabei kann auf bereits in der Literatur vorhandene Forschungsergebnisse zurückgegriffen werden.¹²

So wurde zum Beispiel festgestellt, dass für die gleiche Datenabfrage (d. h. gleicher Suchbegriff, gleiches Gebiet und gleicher Zeitraum) zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedliche Zeitreihen entstehen können. Ausserdem sind nicht alle, die «Corona» googeln, auch mit dem Coronavirus infiziert. Trotz der Schwächen und Kritikpunkte in

der Anwendung besteht in Literatur und Praxis Konsens darüber, dass Google Trends für eine Vielzahl von Fragestellungen ein nützliches und ergänzendes Instrument darstellt.



Für Literaturverzeichnis
siehe Onlineartikel

¹¹ Siehe Bantis, Clements und Urquhart (2023), Woloszko (2020), Kohns und Bhattacharjee (2023).

¹² Für Ausführungen dazu siehe zum Beispiel Cebrián und Domenech (2023), Eichenauer et al. (2022), Arora, McKee und Stucker (2019) oder Lobe (2022).



Yavuz Karagök

Dr. rer. pol., Leiter Empirie, Sekretariat der Wettbewerbskommission (Weko), Bern

«Guter Journalismus basiert auf solidem Handwerk»

Die «Süddeutsche Zeitung» finanziert sich bereits seit drei Jahren allein durch ihre Leserschaft, sagt Chefredaktorin Judith Wittwer. Die Nachfrage nach unabhängigem Journalismus nehme zu. Gedruckte Zeitungen werde es noch lange geben.

Interview: Nicole Tesar, Die Volkswirtschaft

Frau Wittwer, die «Süddeutsche Zeitung», kurz die SZ, hat ihren Sitz in München. Warum sind Sie heute in Zürich?

Ich bin privat und beruflich immer wieder in der Schweiz. Hier habe ich meine Wurzeln und treffe Familie und Freunde. Hier ist auch unser Kooperationspartner, der Zürcher «Tages-Anzeiger», zu Hause.

Seit 2017 besteht diese Kooperation zwischen der SZ und dem «Tages-Anzeiger». Wie eng sind die Bande?

Die Bande sind nach wie vor sehr stark, in manchen Bereichen sind sie zuletzt sogar noch stärker geworden. So haben wir in diesem Sommer und passend zu den Olympischen Spielen gemeinsam einen mehrteiligen Podcast über Flo-Jo, die schnellste Frau der Welt, veröffentlicht, der sehr viele Hörerinnen und Hörer begeistern konnte. Unsere Korrespondentinnen und Korrespondenten schreiben auch für den «Tagi», und die «Tagi»-Korrespondenten schreiben für die SZ. Wir tauschen uns über Themen aus und reden über die Publizistik. Wir reden aber auch über die digitale Transformation. Da ist über die Jahre eine vielfältige und vertrauensvolle Zusammenarbeit entstanden.

Es ist also keine Einbahnstrasse von München nach Zürich?

Nein, aber klar, die Grössenverhältnisse sind eindeutig: Die SZ ist die grosse Schwester.

Die Art und Weise, wie Menschen Nachrichten konsumieren, hat sich verändert. Mit den sozialen Medien wie X, Tiktok und Instagram existieren heutzutage parallele Informationswelten. Wer konsumiert heute noch professionelle Medien?

Sehr viele Menschen, bei der SZ werden es sogar immer mehr. Nimmt man Digital und Print zusammen, hatte die SZ noch nie so viele Abonnentinnen und Abonnenten wie jetzt. Das Interesse an den klassischen Medien lässt also nicht nach, im Gegenteil. Die Nachfrage nach sorgfältig recherchiertem und unabhängigem Journalismus nimmt zu und damit auch die Bereitschaft, dafür Geld auszugeben und ein digitales Abo abzuschliessen.

Die «SZ online» hat eine Paywall. Wie bringen Sie die Lesenden dazu, für Journalismus zu zahlen?

Mit unserem SZ-Journalismus: den exklusiven Recherchen und den grossen Reportagen, den einordnenden Hintergründen und den klaren Kommentaren. Wer die SZ liest, liest gerne und möchte mehr wissen als andere. Und er möchte durchaus auch unterhalten werden.

Aboeinnahmen sind das eine, die Werbeeinnahmen das andere. Globale Intermediäre wie Google oder Facebook kassieren einen grossen Teil des Werbekuchens. Vor allem die Presse

SZ-Chefredaktorin Judith Wittwer: «Bis 2030 streben wir an, uns komplett aus den Digitalerlösen, die aus Abos und Onlinewerbung stammen, zu finanzieren.»



sieht sich mit anhaltend sinkenden Einnahmen konfrontiert. Wie finanziert sich die SZ?

Der SZ gelingt es seit drei Jahren, sich aus den Erlösen aus dem Lesermarkt, also vor allem über unsere Print- und Digital-Abos, zu finanzieren. Das ist journalistisch und ökonomisch grossartig, vor allem auch, weil wir Medien uns bis vor wenigen Jahren überhaupt nicht sicher sein konnten, ob sich unabhängiger Journalismus so refinanzieren lässt. Bis 2030 streben wir gleichzeitig an, uns komplett aus den Digitalerlösen, die aus Abos und Onlinewerbung stammen, zu finanzieren.

Ist die Printausgabe somit ein Auslaufmodell?

Überhaupt nicht. Gedruckte Zeitungen wird es noch lange geben. Sie gehören für viele Menschen zum Leben. Das freut uns. Wenn wir uns perspektivisch vollständig aus digitalen Erlösen finanzieren können, macht uns das nochmals unabhängiger.

Ist es auch für Schweizer Medien realistisch, dass sie sich unabhängig vom Werbemarkt und von den Printabos finanzieren können? Oder fehlt ihnen hierfür die Grösse?

Diese Frage müssen Sie den Schweizer Medienhäusern stellen.

Ist die junge Leserschaft bereit, für Journalismus zu zahlen?

Wer für ein Netflix- oder ein Spotify-Abo Geld ausgeben kann, kann auch Geld für unabhängigen Journalismus ausgeben. Tatsächlich wird es aber immer anspruchsvoller, junge Leserinnen und Leser für klassische Medien zu begeistern. Das zeigt auch der Digital News Report des renommierten Reuters Institute in Oxford. Und natürlich hilft es auch nicht, wenn in immer weniger Familien morgens eine Zeitung auf dem Frühstückstisch liegt.

Bei Ihnen liegt bestimmt eine Zeitung auf dem Esstisch, oder?

Selbstverständlich.

Erreicht die SZ die Jungen über die sozialen Medien?

Ja, unser Journalismus wird über alle Kanäle geplant und ausgespielt, das gilt auch für Social Media. Instagram hat für uns dabei in den letzten Jahren immens

an Bedeutung gewonnen. Einige Leserinnen und Leser werden über Insta zu SZ-Abonnenten. Andere Leser erreichen wir über Facebook und LinkedIn. Und bald werden wir auch auf Tiktok präsent sein, der bei einem jüngeren Publikum besonders beliebten Videosharing-App.

Stichwort Fake News: Wie verbreitet sind diese aus Ihrer Sicht?

Mit dem Aufstieg der sozialen Netzwerke haben die klassischen Medien ihre Gatekeeper-Funktion verloren. Heute kann jeder Präsidentschaftskandidat über die ihm wohlgesinnten Plattformen unwidersprochen weiredes Zeugs verbreiten. Natürlich spielen bei der Verbreitung von Fake News aber auch Social Bots oder Troll-Armeen eine grosse Rolle. So tauchten im Internet zum Beispiel schon Sites auf, die täuschend echt den «Spiegel» oder die SZ kopierten, nur waren sie mit prorussischen Inhalten gespickt. Der bayerische Verfassungsschutz lieferte kürzlich Beweise dafür, dass diese Fake-Websites von Russland aus betrieben wurden.

Sie beanspruchen das Etikett Qualitätsjournalismus für sich. Wie definieren Sie diesen?

Guter Journalismus basiert auf solidem Handwerk – von der unabhängigen Recherche mit der kritischen Distanz gegenüber allen Seiten bis hin zur sorgfältigen Textproduktion. Bei der SZ pflegen wir zudem eine besondere Lust an der Sprache. Ein Beispiel dafür ist unsere Glosse: «Das Streiflicht».

Die professionellen Medien gelten als vierte Gewalt im Staat und damit als Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Ist diese in Gefahr?

Wenn Fake-Websites deutscher Medien mit dem Ziel auftauchen, die offene Gesellschaft zu verunsichern und die liberale Demokratie zu destabilisieren, ist das eine beunruhigende Entwicklung. Umso wichtiger ist, dass wir unabhängigen Medien unsere Arbeit machen. Um es mit dem «Spiegel»-Gründer Rudolf Augstein zu sagen: schreiben, was ist.

Ist der Lokaljournalismus zentral für eine funktionierende Demokratie?

Ja. Oft wird im Kleinen konkret, was im Grossen schiefläuft.

SZ-Chefredaktorin Judith Wittwer im Innovationshub Kraftwerk in Zürich: «Nimmt man Digital und Print zusammen, hatte die SZ noch nie so viele Abonnentinnen und Abonnenten wie jetzt.»



Die SZ ist an vorderster Front, wenn es um investigativen Journalismus geht, zum Beispiel bei den Panama Papers. Zahlt sich der enorme Aufwand kommerziell aus, oder geht es um Reputation wie den Pulitzer-Preis?

Was ans Licht muss, muss recherchiert und geschrieben werden. Wenn wir damit auch neue Leser und Preise gewinnen, freut uns das natürlich.

Was waren die zwei Hauptkenntnisse aus den Recherchen zu den Panama Papers?

Zur Transparenz: Die Recherche zu den Panama Papers wurde 2016, also vor meinem Start, bei der SZ veröffentlicht. Sie gab nicht nur Einblick in die Welt der Steuervermeidung. Sie zeigte auch, wie wichtig das systematische Auswerten von Daten im Journalismus ist und wie gut Journalisten in Netzwerken länderübergreifend zusammenarbeiten können.

Nutzt die SZ künstliche Intelligenz, also KI?

Künstliche Intelligenz ist auch für uns ein grosses Thema. Für die Europawahl haben wir zum Beispiel eine KI mit Hunderten Artikeln gefüttert. Der KI-Bot lieferte Antworten auf Leserfragen und bot damit besonders auch für jüngere Nutzer einen interaktiven Zugang zur Europawahl. Inzwischen entstehen im ganzen Haus KI-Ideen und konkrete Projekte.

Welche Stelle müsste man Ihnen anbieten, damit Sie wieder zurück in die Schweiz kämen?

Die SZ ist ein grossartiges Haus mit grossartigen Kolleginnen und Kollegen. Ich fühle mich sehr wohl in München.

Judith Wittwer

Judith Wittwer (47) leitet seit vier Jahren gemeinsam mit Wolfgang Krach die Redaktion der «Süddeutschen Zeitung» in München. Zuvor war sie Chefredaktorin des «Tages-Anzeigers». Wittwer studierte an der Universität St. Gallen (HSG) Internationale Beziehungen und absolvierte danach berufsbegleitend

die Diplombildung an der Journalistenschule MAZ in Luzern. Für den «Tages-Anzeiger» war sie als Wirtschaftsredaktorin und Korrespondentin in Deutschland und nach einem Abstecher zur «Handelszeitung» später als Nachrichtenchefin tätig. Die Mutter von zwei Töchtern lebt mit ihrer Familie in München.

«Süddeutsche Zeitung»

Die «Süddeutsche Zeitung» ist die grösste überregionale Qualitäts-Tageszeitung Deutschlands und das Flaggschiff des Süddeutschen Verlags. Die Zeitung erreicht täglich 1,2 Millionen Leserinnen und Leser, etwa 400'000 Menschen haben die SZ gedruckt oder digital abonniert.

Auf SZ.de und in der Nachrichten-App, über Newsletter und Podcasts lesen und hören zudem Millionen Menschen täglich die SZ zu Aktuellem und Hintergründigem aus Ressorts wie Politik, Wirtschaft, Feuilleton, Medien, Sport und Wissenschaft.

Mehr Artikel auf dievolkswirtschaft.ch

Meistgelesen



Die öffentliche Arbeitsvermittlung wird modernisiert

Simon Röthlisberger, Melania Rudin, Seco



Wachstumskräfte in Deutschland schwinden

Timo Hoffmann, Stefan Kooths, Kiel Institut für Weltwirtschaft



Aufgepasst mit Chemikalien am Arbeitsplatz!

Kaspar Schmid, Marguerite-Anne Sidler Pfändler, Seco



Meinungen



«Die Talsohle haben wir durchschritten»

Interview mit Ralf J. Bopp, Handelskammer Deutschland-Schweiz



Wächst der Staat?

Interview mit Peter A. Fischer, NZZ und Yves Wegelin, WOZ



Nach den Europawahlen

Standpunkt von Karl-Rudolf Korte, Universität Duisburg-Essen



Nächster Schwerpunkt

8. Oktober 2024 (digital)

Bankenlandschaft Schweiz: Und die Kleinbank?

Nach dem Untergang der Grossbank Credit Suisse ist der Ruf nach mehr Regulierung laut. Auch der Bundesrat sieht Handlungsbedarf, wie er im jüngsten Bericht zur Bankenstabilität schreibt. Doch: Wie steht es eigentlich um die zahlreichen kleinen Regionalbanken in der Schweiz? Wie erfolgreich sind sie? Und wie kommen sie mit Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen klar? Dies und mehr finden Sie in der nächsten Ausgabe.



Hier kostenloses
Digitalabo einrichten

Möchten Sie informiert werden, sobald ein neuer Schwerpunkt erscheint? Abonnieren Sie die kostenlose Digitalausgabe auf dievolkswirtschaft.ch/abo oder via QR-Code.



Nächste Printausgabe: Dezember 2024

Impressum

Herausgeberin

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Bern

Redaktion

Chefredaktion: Guido Barsuglia, Nicole Tesar

Redaktion: Marie-Jane Berchten, Matthias Hausherr,
Monika Lüthi, Virginie Parotte

Redaktionsausschuss

Eric Scheidegger (Leitung), Antje Baertschi, Guido Barsuglia, Patric Ilg,
Larissa Müller, Vincent Pochon, Martin Saladin, Markus Spörndli, Nicole Tesar

Layout/Druck

Jordi AG, jordibelp.ch

Illustration Cover

michaelmeister.com

Abonnemente

dievolkswirtschaft.ch/abo

Kontakt/Leserservice

Holzikofenweg 36, 3003 Bern, +41 58 462 29 39
dievolkswirtschaft@seco.admin.ch

Weitere Informationen auf dievolkswirtschaft.ch/impressum

ISSN 1011-386X



Diese Ausgabe und
mehr digital
dievolkswirtschaft.ch

